



## **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

### **2. Sitzung (öffentlich)**

6. September 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:10 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>3</b>
<b>1 Fipronilbelastete Eier</b>	<b>4</b>
Bericht der Landesregierung Vorlage 17/70	
Bericht der Ministerin Christina Schulze Föcking (MULNV), Aussprache.	4

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,  
Natur- und Verbraucherschutz  
2. Sitzung (öffentlich)

06.09.2017  
sd-ro

**2 Tiermastskandal im Familienbetrieb Schulze Föcking? 14**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/82

Bericht der Ministerin Christina Schulze Föcking (MULNV),  
Aussprache. 14

**3 Belastung durch Mikrofeinstaub am Flughafen Düsseldorf 45**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/72

StS Dr. Heinrich Bottermann (MULNV) berichtet. Es schließt  
sich eine kurze Aussprache an. 45

\* \* \*

## Aus der Diskussion

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

begrüßt **Vorsitzende Dr. Patricia Peill** Ministerin Schulze Föcking, die Vertreterinnen und Vertreter der Regierung, die Mitglieder des Ausschusses sowie die Öffentlichkeit. Sie freue sich auf die 5 Jahre Zusammenarbeit und konstruktive Diskussionen. Es werde deutlich, dass es ein großes Interesse an diesem Ausschuss gebe. Die Obleuterunde habe eben getagt und sich darauf verständigt, dass der Kodex weiter gelte, dass man hier kollegial und fair miteinander umgehen werde. Darauf freue sie sich.

## 1 Fipronilbelastete Eier

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/70

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** gibt an, die Landesregierung habe gebeten, zu den fipronilbelasteten Eiern berichten zu dürfen. Darüber hinaus habe die SPD-Fraktion mit Schreiben vom 8. August 2017 um einen entsprechenden Bericht gebeten. Sie verweise auf die dem Ausschuss übersandte Vorlage 17/70.

**Ministerin Christina Schulze Föcking (MULNV)** trägt vor:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Dem Bericht können Sie entnehmen, dass die zuständigen Behörden in Nordrhein-Westfalen jederzeit unverzüglich umfassend und effektiv gehandelt haben. Sämtliche Maßnahmen zur Sicherheit der Lebensmittelkette im Bereich der Lebensmittelsicherheit, der Futtermittelsicherheit und bei der Entsorgung nicht mehr verkehrsfähiger Lebensmittel wurden durch die Vor-Ort-Behörden durchgeführt und auf Landesebene koordiniert und überwacht. Im Zusammenspiel zwischen dem Bund und den Ländern hatte Nordrhein-Westfalen frühzeitig die Koordinierung initiiert und einen großen Teil, 200 Proben des bundesweiten Überwachungsprogramms, geschultert. Wir haben auch für alle Länder die Darstellung der jeweils aktuellen Informationen über die Print-nummern betroffener Legehennenställe auf „lebensmittelwarnung.de“ übernommen.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Überwachungsbehörden in Nordrhein-Westfalen für das schnelle und effiziente Handeln, die gute Informationsübermittlung und die hervorragende Koordinierung bedanken. Darüber hinaus möchte ich Ihnen noch Informationen zur EU-weiten Einordnung des Geschehens geben.

Am 30.08.2017 hat bei der EU-Kommission der Ständige Ausschuss für die Sicherheit der Lebensmittelkette, Sektion toxikologische Sicherheit, getagt, um über den einzelnen Tagesordnungspunkt Fipronil-Geschehen über die europaweiten Implikationen zu beraten. Denn mittlerweile sind fast alle Mitgliedstaaten von diesem Problem betroffen, und es zeigen sich schon negative Auswirkungen beim Export. Hier wurde von den EU-Experten noch einmal ausdrücklich festgestellt, dass die in Deutschland durchgeführten Risikobewertungen zu möglichen Belastungen durch Fipronil-Rückstände europaweit gleich eingeschätzt werden, wir also derzeit von keinen Risiken für die menschliche Gesundheit auszugehen haben.

Die Berichte der belgischen und niederländischen Behörden haben gezeigt, dass nach Beginn der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in den Niederlanden, spätestens im November letzten Jahres, bis zum Juli 2017 die Lebensmittelsicherheitsbehörden in den anderen Mitgliedstaaten nicht unterrichtet worden waren. Erst durch wirtschaftseigene Kontrollen in belgischen Firmen wurde die Fipronil-Problematik deutlich. Die belgischen Behörden haben diese Informationen dann

im Juli dieses Jahres in das Schnellwarnsystem für alle Mitgliedstaaten zur Kenntnis eingestellt.

Der niederländische Vertreter sah sich auch in dieser Ausschusssitzung in Brüssel nicht in der Lage, Antworten auf alle Fragestellungen geben zu können, insbesondere unter Verweis auf den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss in den Niederlanden und den anhaltenden staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen.

Die Sitzung des Ständigen Ausschusses für die Sicherheit der Lebensmittelkette diente auch der fachlichen Vorbereitung des informellen Agrarrates in Tallinn, bei dem diese Thematik beraten wird. Die Agrarministerkonferenz wird sich ebenfalls des Fipronils annehmen. Diese Sitzung wird am 27. bis 29. September in Lüneburg sein. Hier wird es wichtig sein, nicht nur auf die Fipronil-Fragestellungen einzugehen; vielmehr muss umfassend geprüft werden, wie die Legehennen optimal vor der Roten Vogelmilbe geschützt werden können. Gleichzeitig muss das Rückstandskontrollregime stärker auf die mögliche Verwendung derartiger illegaler Substanzen abgestellt werden.

Zur aktuellen Situation in Nordrhein-Westfalen: Mit Erlass meines Hauses habe ich das Landeskontrollzentrum Lebensmittel und Futtermittel, also das Krisenzentrum im Landesamt, zum 31.08.2017 wieder aufgehoben. Das heißt nicht, dass sämtliche Arbeiten beendet sind. Die Überwachungs- und Untersuchungsprogramme in dieser Fragestellung wurden zu großen Teilen abgearbeitet, die notwendigen Folgemaßnahmen bei belasteten Lebensmitteln wurden jeweils unverzüglich umgesetzt. Eine erste Auswertung der Abläufe des Geschehens bei den Lebensmittelüberwachungsbehörden in Nordrhein-Westfalen wurde bereits vorgenommen.

Dabei kann festgestellt werden, dass die Zusammenarbeit zwischen den Landesbehörden und den vor Ort zuständigen Kreisordnungsbehörden fast ausnahmslos reibungslos funktioniert hat. Aus hiesiger Sicht war auch die Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden und den anderen betroffenen Länderbehörden gut. Es wird jedoch auch hier noch einmal eine Bewertung der Abläufe stattfinden, um zu einer weiteren Optimierung dieser Zusammenarbeit zu kommen. Ich denke, man kann darauf dementsprechend weiter aufbauen.

Noch ein Wort zur Arbeitsorganisation im Ministerium: Die Fachleute haben das Geschehen gut bearbeitet. Ich persönlich war jederzeit vollumfänglich unterrichtet und habe die notwendigen Entscheidungen dementsprechend getroffen. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen, bei den Mitarbeitern aus dem Haus bedanken für die große Fachlichkeit und Ruhe. Uns war immer daran gelegen, die Verbraucherinnen und Verbraucher gut zu informieren, aber auch keine Panik zu verbreiten, sondern uns auf die Fachlichkeit zu berufen. Mich freut es sehr, dass Herr Kamphausen und Herr Hülsenbusch heute mit dabei sind, auch Staatssekretär Dr. Bottermann, sodass wir dies entsprechend ihren Fragen mit weiteren Informationen ergänzen können.

**André Stinka (SPD)** bedankt sich für den umfangreichen Bericht. Hintergrund der Anfrage sei es gewesen, dass es in der Bevölkerung ein hohes Maß an Verunsicherung gebe aufgrund der kriminellen Vorgänge rund um Fipronil. Wenn man die informelle Konferenz in Tallinn beobachte, dann seien die Schwächen in der Koordinierung und im Informationsfluss innerhalb Europas angesprochen worden. Das Treffen finde am 27.09. statt. Er wüsste gerne, wie sich die zuständigen Landesminister mit dem Bundesminister im Vorfeld koordinieren würden.

Jetzt gebe es die Sorge – beispielsweise berichte die „Kölnische Rundschau“ darüber – der Menschen im Rhein-Erft-Kreis vor eventuellen Gülleeinträgen, Gülle mit Fipronil belastet. Er frage, wie das vom Ministerium bewertet werde.

**Ministerin Christina Schulze Föcking (MULNV)** gibt an, selbstverständlich werde das vor der Agrarministerkonferenz bei der ACK nochmal thematisiert werden. Man werde sich abstimmen.

**Ministerialrat Rolf Kamphausen (MULNV)** betont, natürlich bestehe die Möglichkeit, dass so etwas in die Gülle eingetragen werde. In den Niederlanden und auch hier seien dazu Untersuchungen durchgeführt worden. Wenn Gülle oder Dung belastet sei – das sei letzte Woche in Brüssel nochmal beraten worden –, müsse man davon ausgehen, dass das nach dem tierischen Nebenproduktrecht Kategorie-1-Material sei und entsprechend aufwändig entsorgt werden müsse, damit es aus der ganzen Kette herauskomme und nicht wieder über Felder neu eingetragen werde.

**Norwich Rübe (GRÜNE)** zitiert zunächst den Bundeslandwirtschaftsminister aus dem aktuellen „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“. Er habe gesagt: Beim Thema „Verbraucherinformation“ können wir noch besser und vor allem schneller werden. – Dem könne er sich nur anschließen. Er könne auch das nur bestätigen, was Herr Stinka gesagt habe. Es sei viel Verunsicherung bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern wahrzunehmen. Er habe nicht den Eindruck gehabt, dass hier wirklich schnell informiert worden sei, dass die Menschen gut informiert worden seien, sondern dass da viel fehlte.

Er sei seit sieben Jahren hier im Landtag. In der Zeit habe es einige Lebensmittelskandale gegeben, die bearbeitet worden seien. Jedes Mal habe es geheißen, jetzt werde es besser, jetzt mache man es besser. Nach Dioxin, Pferdefleisch, EHEC sei es schon erstaunlich, dass man wieder an dem Punkt stehe, sich irgendwie zusammenfinden zu müssen und darüber zu reden, was alles nicht gut gelaufen sei.

Der Bundeslandwirtschaftsminister spreche wochenlang von 10 Millionen Eiern, der niedersächsische Kollege von 30 Millionen. Man verunsichere die Leute vollständig, wenn man sich da nicht einmal auf gemeinsame Zahlen einigen könne. Dazu wüsste er auch gerne die Position von Nordrhein-Westfalen.

Auf Seite 3 heiße es, dass in Fällen mit nachgewiesener Fipronilkonzentration die zuständigen Behörden ermitteln würden und dass es in den Fällen, wenn nötig, eine

Sperre einer betroffenen Charge oder eine Rücknahme gebe. Er frage, ob es das gegeben habe, ob es solche Ermittlungen bislang gegeben habe.

**Ministerin Christina Schulze Föcking (MULNV)** hält fest, Nordrhein-Westfalen habe am 28. Juli davon erfahren. Die Pressemeldung mit der Warnung sei am 30. herausgegeben worden, weil man erst genau habe gucken müssen, wo was gewesen sei, welche Stempelnummern betroffen seien. Es habe in der Tat einige Probleme gegeben, die Daten aus den Niederlanden und aus Belgien zu bekommen. Dementsprechend habe man gesagt, da müsse dringend nachgebessert werden. Das habe sie in einer gemeinsamen Telefonkonferenz mit der Bundesebene noch einmal deutlich gemacht.

**LMR Michael Hülsenbusch (MULNV)** führt aus, die Äußerung von Bundesminister Schmidt treffe vollumfänglich zu. Nur sie sei nicht auf NRW oder die anderen Bundesländer bezogen, sondern sie richte sich vollumfänglich an die Mitgliedstaaten Niederlande und Belgien, ein Stück weit auch an die Kommission. Denn dort sei das passiert, was eigentlich nicht hätte passieren sollen. Ein Schnellwarnsystem, das die EU geschaffen habe, um schnell andere Mitgliedstaaten zu warnen, habe nicht wirklich funktioniert, weil das Mitteilungs- und Warnverhalten anderer Mitgliedstaaten sehr zu wünschen übrig gelassen habe. Diese Kritik habe Bundesminister Schmidt massiv auf die europäische Ebene transportiert. Das sei auch nötig. Man habe den jüngsten Äußerungen der Europäischen Kommission entnehmen können, dass sie sich mit dieser Kritik auch auseinandersetzen werde.

Für Nordrhein-Westfalen bleibe festzustellen, dass man in dem Moment, zu dem man die wirklich maßgeblichen Informationen über erste belastete Eierlieferungen nach Nordrhein-Westfalen erhalten habe, unverzüglich gehandelt habe. Das sei an einem Freitagnachmittag gewesen, dem 28. Juli. Noch am Samstag sei die zuständige Überwachungsbehörde auf die Reise geschickt worden, um den betroffenen Betrieb zu kontrollieren. Am Sonntag sei eine Pressemitteilung durch das Haus veröffentlicht worden, in der die Verbraucherinnen und Verbraucher über die Stempelnummern bei diesen Eiern informiert worden seien.

Im Übrigen wolle er an dieser Stelle betonen, dass das Geschehen ungewöhnlich gewesen sei, weil die Niederlande selbst lange Zeit überhaupt keine Stempelnummern verkündet hätten. Sie hätten zwar ca. 200 Betriebe in den Niederlanden gesperrt, aber hätten den Mitgliedstaaten erst einige Zeit später, nämlich fast zwei Wochen später, die ersten Stempelnummern der betroffenen Betriebe kundgetan. Und darin habe das große Problem bei diesem Geschehen gelegen.

Sobald die Stempelnummern mitgeteilt worden seien, habe man diese, koordiniert zwischen Bund und Ländern, auf „lebensmittelwarnung.de“ eingestellt, sodass die Verbraucherinnen und Verbraucher jederzeit in der Lage gewesen seien zu kontrollieren, ob die Eier, die sie im Kühlschrank hätten, auch tatsächlich diesen Nummern entsprochen hätten oder nicht.

Zu dem zweiten Punkt, den sogenannten Eierzahlen: Diese Diskussion habe überwiegend zwischen dem Bund und Niedersachsen stattgefunden. Man habe sich über die Zahl der Eier gestritten, die jetzt aus dem Verkehr gezogen worden seien oder betroffen sein sollten. Diese Diskussion könne er nicht nachvollziehen. Es stelle sich die Frage, wer in der Lage sein solle, die Zahl der Eier, die hiervon betroffen seien, zu ermitteln. Das könne niemand. Das liege allein daran, dass auch der Handel, ohne dass groß Aufhebens davon gemacht worden sei, betroffene Eierchargen ohne Wenn und Aber sofort aus dem Verkehr gezogen habe. Er frage, wen es interessiere, wie viele Eier davon betroffen seien, 10.000, 100.000, 10 Millionen? Letztlich sei es entscheidend, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher hätten sicher sein können, dass sie diese Eier nicht mehr konsumierten. Sie hätten auch selber identifizieren können, um welche Eier es sich handle. Das sei im guten Zusammenwirken zwischen dem Bund und den Ländern auch sichergestellt worden.

**MR Rolf Kamphausen (MULNV)** gibt an, man habe eine Reihe belasteter Eier feststellen können. Diese seien niederländischer Herkunft gewesen. Deswegen seien bisher nordrhein-westfälische Hennenhaltungsbetriebe nicht gesperrt worden. Diese Eier seien alle zurückgenommen worden. Das heiße, sobald Informationen darüber vorgelegen hätten, dass es sich hier um eine betroffene Charge gehandelt habe, seien die Packstellen informiert worden, die dann diese Eier wieder aus dem Handel genommen hätten.

Darüber hinaus habe man es mit Eiprodukten zu tun, Flüssigei und anderen Dingen, die direkt weiter verarbeitet würden. Auch hier gebe es eine Reihe von Nachweisen, dass die Fipronil-Konzentration über den zulässigen Werten vorgelegen habe. Das Verfahren laufe so ab, dass die Unternehmer, die dieses Flüssigei bezogen hätten, informiert würden und das wieder zurückgeben müssten. Das werde von den Überwachungsbehörden kontrolliert.

Frau Ministerin habe es eingangs erwähnt: Von dem bundesweiten Überwachungsprogramm für eihaltige Lebensmittel habe Nordrhein-Westfalen einen großen Teil übernommen. Auch hier habe man einige Lebensmittel mit Gehalten an Fipronil festgestellt, die über den zulässigen Höchstgehalten lägen. Hier gingen die Gutachten dann an die für die Hersteller zuständigen Behörden, um dort im Detail zu überprüfen, mit welchen Belastungen Eier verarbeitet worden seien. Diese Ware werde dann auch vom Markt genommen.

Er dürfe in einem letzten Satz ergänzen, dass auch in der gesamten Phase ein enger Informationsaustausch mit dem Lebensmitteleinzelhandel stattgefunden habe, damit die Lebensmittelunternehmer ihrer Verantwortung für sichere Lebensmittel zu sorgen, nachkommen könnten, denn die seien primär dafür verantwortlich. Sie müssten die Ware vom Markt nehmen. Das sei in jedem Fall kontrolliert und überwacht worden.

**Norwich Rübe (GRÜNE)** kommt auf das Portal „lebensmittelwarnung.de“ zu sprechen. Die Geschwindigkeit sei erwähnt worden. Es habe alles rechtzeitig stattgefunden.

den. Er finde es erstaunlich langsam, wenn man am 08.08. das dort einstelle und ein Unternehmen wie Aldi am 04.08. bereits Eier ausliste. Er erwarte, dass der Staat mit seinen Behörden schneller sei als private Handelsunternehmen. Die seien doch nicht dafür zuständig, dafür zu sorgen. Das müsse doch der Staat machen. Da hinke man doch an der Stelle hinterher.

**LMR Michael Hülsenbusch (MULNV)** betont, der Staat sei davon abhängig, dass er entsprechende Informationen erhalte, auch von den zuständigen Behörden aus den Niederlanden. Das sei bei den Handelsunternehmen manchmal nicht der Fall. Sie seien in der Tat schneller mit ihren Lieferanten als das, was der Staat durch verlangsamte Berichterstattung aus den Niederlanden und Belgien habe erfahren können.

Zu dem Portal „lebensmittelwarnung.de“: Dieses Portal sei dafür geschaffen worden, um behördliche Warnungen vor Lebensmitteln allen zugänglich zu machen, und zwar möglichst schnell. Behördliche Warnungen seien nur dann möglich und rechtmäßig möglich, wenn Gesundheitsgefahren durch entsprechende Lebensmittel verursacht würden. Dies sei in dem Fipronil-Geschehen zu keinem Zeitpunkt der Fall gewesen. Denn die festgestellten Fipronil-Werte lägen weit unterhalb dessen, was das Bundesinstitut für Risikobewertung als überhaupt gesundheitlich relevant angesehen habe.

Zum Zweiten hätten sich die Länder und der Bund darauf verständigt, um bundesweit ein Veröffentlichungsportal zu schaffen, „lebensmittelwarnung.de“ dazu zu nutzen, auch Informationen über die Stempelnummern aus den Niederlanden zu transportieren. Das sei eigentlich so nicht vorgesehen. Das möge man kritisieren. Aber Nordrhein-Westfalen habe sich bereit erklärt, diese Meldungen einzustellen und auch zu pflegen. Das sei eine Zugabe zu dem, wofür „lebensmittelwarnung.de“ eigentlich geschaffen worden sei.

**Bianca Winkelmann (CDU)** legt dar, mit dem Bericht des Ministeriums liege eine umfassende Vorlage vor. Die Ministerin habe gerade Ergänzungen gemacht. Letztendlich zeige sich in diesem Vorgang eines: Man wisse, zurzeit seien 45 Staaten weltweit von dem Fipronil-Skandal betroffen, 26 EU-Staaten. In der EU seien lediglich Litauen und Kroatien zurzeit noch nicht betroffen. Aus dem Bericht gehe hervor, Nordrhein-Westfalen habe sofort umfassend reagiert und die Verbraucher informiert.

Sie sehe es so wie Bundesminister Schmidt: Das Problem sei auf anderer Ebene zu sehen. Das Warnsystem müsse auf EU-Ebene verifiziert werden. Natürlich werde man auf nordrhein-westfälischer Ebene – das habe die Ministerin bestätigt – sicherlich auch noch nacharbeiten müssen. Man sei aber auf einem guten Weg. Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen hätten nie das Gefühl gehabt, sie wären nicht umfänglich informiert gewesen.

**Markus Diekhoff (FDP)** weist darauf hin, dass es sich bei dem Fipronil-Skandal um einen kriminellen Akt mit europaweiten Auswirkungen handele. Das Einzige, was man hier im Ausschuss beurteilen könne, sei das Verhalten der NRW-Behörden und des zuständigen Ministeriums in diesem Fall und nicht die europaweiten Auswirkungen.

gen inklusive allen Behördenversagens, was auf bestimmten Ebenen dahinter gehangen habe. Wenn man sich das in Nordrhein-Westfalen angucke, könne man nichts anderes sagen, als dass das Ministerium und die Frau Ministerin schnell im Sinne einer umfassenden Verbraucherinformation reagiert hätten – wenn er sich nicht täusche –, sogar schneller als die Kollegen im rot-grünen Niedersachsen. Das müsse man auch festhalten. Er wolle das Ministerium für den Umgang mit diesem Thema loben.

**Dr. Christian Blex (AfD)** bedankt sich für den Bericht. Er könne sich der FDP-Fraktion anschließen. Bei den untersuchten Eiprodukten – der Grenzwert liege bei 0,005 mg/kg – habe es lediglich 19 Proben gegeben, die darüber gelegen hätten. Er frage, ob man ungefähr die Größenordnung sagen könne, inwieweit sie darüber gelegen hätten.

**Annette Watermann-Krass (SPD)** gibt an, sie habe sich auf der Seite des Umweltministeriums umgeschaut. Es sei schon etwas komplizierter, auf die Verlinkung zu „[lebensmittelwarnung.de](http://lebensmittelwarnung.de)“ zu kommen, um dann an die Informationen zu gelangen. Sie erwarte, dass es, wenn ein solcher aktueller Fall vorhanden sei, barrierefreier möglich sei, dass man das finde.

Jetzt habe dieser Fall gezeigt: Da sei eine kriminelle Energie. Da sei ein Desinfektionsmittel, illegal ein Gift, beigemischt worden. Dieses Gift sei auch in anderen Lebensmitteln aufgetaucht. Sie frage, wie man grundsätzlich mit diesen Dingen umgehe, ob diese Chemikalien im Einsatz noch einmal überprüft würden. Das Verhalten, dass da sichtbar sei, zeige, dass gerade in der industriellen Lebensmittelproduktion eine arbeitsteilige Wahrnehmung von Aufgaben stattfinde. Da werde die Desinfektion anderen Unternehmen übertragen. Man schaue da vielleicht nicht genau hin. Wenn eine andere Nutztierverordnung das Ziel sei, wenn man in dem Bereich etwas ändern wolle, dann wüsste sie gerne, was die Vorstellung der Ministerin sei.

**Barbara Steffens (GRÜNE)** kommt darauf zu sprechen, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern ein Programm zur Intensivierung der Überwachung von Lebensmitteln mit hohem Ei-Anteil beschlossen habe. Das bedeute, es habe Handlungsbedarf gegeben. Dann gebe es Informationen darüber, dass zumindest bei 42 Proben, die in den Ländern Thüringen, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, gezogen worden seien, sieben positiv gewesen seien. Das betreffe die aktuellen Proben, die untersucht worden seien. In Nordrhein-Westfalen gebe es auch positive.

Jetzt seien die Chargen bekannt, die Nummern der mit Fipronil-Rückständen behafteten Eier. Sie frage, ob die seit dem Spätherbst 2016 bekannt seien oder ob es nur die aktuellen seien. Wenn man Ei-Produkte herstelle, dann hätten die im Regal eine sehr viel längere Verweildauer. Wenn sie die klassischen Produkte Mayonnaise, aber auch Teigwaren und andere Dingen, in denen Rückständen sein könnten, betrachte, dann habe man zum Teil ein sehr langes Haltbarkeitsdatum, bei der Mayonnaise nicht, aber bei vielen anderen schon. Sie frage, wie die Verbraucherinnen und Ver-

braucher sicher sein könnten, dass die Produkte, die sie einkauften, auch Produkte seien, die geprüft worden seien, bei denen klar sei, dass es nicht mit einem verunreinigten Ei versehen sei. Das scheine ihr, bezogen auf die früh hergestellten Produkte aus 2016 oder Anfang 2017, bisher nicht wirklich so zu sein.

**Josef Hovenjürgen (CDU)** äußert sich zu der Aussage von Herrn Rüste, wonach die Handelsketten schneller reagiert hätten als das Haus. Eine große Handelskette zum Beispiel habe vor einigen Jahren beschlossen, ausschließlich Eier aus den Niederlanden zu beziehen, weil deutsche Eier in der Produktion aufgrund der neuen Haltingsbedingungen hier teurer seien. Damit die Handelskette erst gar nicht in die Diskussion gekommen sei, habe sie prophylaktisch ihre Regale räumen lassen, was er nachvollziehen könne aus Sicht des Unternehmens. Das sei aber kein Versäumnis des Hauses, sondern das Unternehmen werde prophylaktisch vorher tätig, um nicht in eine Diskussion zu geraten. Dafür habe er Verständnis. Er weise aber darauf hin, dass andere Unternehmen, wenn sie hier in Deutschland Eier bezögen, mit dieser Thematik so nicht befasst gewesen seien. Deswegen gebe es unterschiedliche Verhaltensmuster.

An Frau Watermann-Krass gerichtet, fährt der Redner fort, die Seite „lebensmittelwarnung.de“ sei nicht neu entwickelt worden. Man könne sie natürlich praktikabler gestalten. Der Hinweis sei berechtigt. Es gebe noch einiges, was verbessert werden könne, was man vorgefunden habe.

**Ministerin Christina Schulze Föcking (MULNV)** betont, in diesem Bereich seien zwei Kernthemen umzusetzen. Das eine sei die Problematik der Roten Vogelmilbe. Die Rote Vogelmilbe sei ein Parasit, der Hennenhaltungsbetriebe in allen Größen und Haltungsformen bedrohe. Hier seien zwar Biozide und Tierarzneimittel zugelassen, die eingesetzt werden dürften. Leider würden sie nicht die Wirkung erreichen. Es sei leider nicht so wirksam, wie man es sich wünsche. Man werde ein umfassendes Tiergesundheitskonzept gegen die Rote Vogelmilbe entwickeln, das Tierwohl und Lebensmittelsicherheit im Fokus habe. Da gehe es auch viel um Betriebsmanagement.

Man dürfe kriminellen Machenschaften keinen Nährboden liefern. Das sei im Kern passiert. Das habe man schon in der Vergangenheit gehabt. Sie sei seit sieben Jahren im Parlament und habe immer wieder erlebt, wenn diese kriminellen Machenschaften durchdrängen. Dieses betrügerische Verhalten im Bereich Lebensmittel müsse stärker bekämpft werden. Dabei gehe es nicht nur um Gammelfleisch oder um falsche Herkunftsangaben. Kriminelle Machenschaften könnten sich auch auf die Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit auswirken. Hier werde sie verstärkt in Frühwarnung, Warenstrom-Analyse, aber auch enge Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden investieren. Es sei auch wichtig, weil es nicht nur Nordrhein-Westfalen betreffe, das auch noch einmal bundesweit mit zu betrachten. Deshalb sei da auch der Austausch bei der AMK notwendig.

**MR Rolf Kamphausen (MULNV)** führt aus, in Nordrhein-Westfalen seien in einigen Produkten erhöhte Fipronil-Werte gefunden worden. Der höchste Wert, den man bis jetzt gefunden habe, betragen 0,074 mg/kg in einer Gabelspaghetti, ungefähr in der gleichen Höhe bei 0,037 mg/kg in einem Eierlikör. Das seien Produkte, die einen hohen Ei-Anteil aufwiesen bzw. in Gabelspaghetti eine Auf-Konzentrierung beinhalten. Insofern gehe man in keinem Fall davon aus, dass es irgendwelche gesundheitlichen Risiken mit sich bringe. Sehr wohl würden die Lebensmittelunternehmer darüber informiert. Sie würden diese Ware auch vom Markt nehmen, weil sie nicht verkehrsfähig sei, weil das Fipronil darin nichts zu suchen habe.

Das sei der erste Schritt, die Verantwortung der Lebensmittelunternehmer, die die ganze Zeit schon im großen Umfang Eigenkontrollen durchführen würden. Er höre, sie würden die betroffene Ware auch restriktiv vom Markt nehmen.

Wie man nun diese Chemikalien finde? Es gebe regelmäßige Programme zur Überwachung nicht nur der Lebensmittel tierischer Herkunft, auch bei Pflanzen werde vielfach auf Pestizide, Biozide untersucht. Bezüglich der Roten Vogelmilbe habe die EU-Kommission einen Vorschlag gemacht für ein Ad-hoc-Programm, europaweit jetzt bestimmte mögliche andere Chemikalien, Substanzen, die zu Problemen führen könnten, in ein schnelles Untersuchungsprogramm einzubringen, um in der nächsten Zeit schnell herauszufinden, ob es noch andere Probleme in diesem Bereich gebe.

**LMR Michael Hülsenbusch (MULNV)** kommt auf das Thema „Verlinkung der Homepage“ zu sprechen. In der Tat wäre es wünschenswert, wenn man unmittelbar auf einer Homepage Informationen abgreifen könnte. Nur das Geschehen, mit dem man es hier zu tun habe, sei so gestaltet, dass man nicht habe gewährleisten können, immer aktuell zu sein. Denn diejenigen, die aktuell gewesen seien, seien die Niederländer auf ihrer Homepage gewesen. Sie hätten sie einfach geändert, ohne die Mitgliedstaaten darüber zu informieren. Deswegen habe man kein Risiko eingehen wollen. Man habe durch eine Verlinkung auf die niederländische Seite sicherstellen wollen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher dort auch hingelangen würden. Das sei der sachliche Grund, der dazu bewogen habe, diesen etwas sperrigen Weg in diesem Fall zu wählen.

**Rainer Deppe (CDU)** stellt heraus, die Diskussion habe gezeigt, dass das Thema seit mindestens einem Jahr schon bestehe, das jetzt offenkundig geworden sei. Der Gipfel der EU-Agrarminister habe festgestellt, dass es erste Anhaltspunkte in den Niederlanden schon im Jahre 2016 gegeben habe. Als die Informationen bekannt geworden seien und Nordrhein-Westfalen erreicht hätten, habe das Ministerium alles unternommen. NRW habe als eines der ersten Länder gewarnt, auf jeden Fall deutlich vor dem Bundesland Niedersachsen, wo im Übrigen auch Fälle aufgetaucht seien. Er glaube, dass man sagen könne, dieser erste Skandal, der Nordrhein-Westfalen erreicht habe, sei professionell, sehr gut vom Ministerium gehandelt worden. Die Verbraucher hätten die Information bekommen. Die Medien hätten sofort

---

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,  
Natur- und Verbraucherschutz  
2. Sitzung (öffentlich)

06.09.2017  
sd-ro

berichtet. Er wolle sich ausdrücklich bei der Ministerin und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Haus bedanken, dass das professionell gemacht worden sei.

## 2 Tiermastskandal im Familienbetrieb Schulze Föcking?

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/82

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Schreiben vom 12. August 2017 hat die SPD-Fraktion um einen entsprechenden Bericht gebeten, der Ihnen mit der Vorlage 17/82 übersandt worden ist. Die Ministerin hat mich gebeten, hier noch einmal das Wort ergreifen zu können.

**Ministerin Christina Schulze Föcking (MULNV):** Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den Nächten vom 6. auf den 7. März, vom 14. auf den 15. Juni und vom 21. auf den 22. Juni 2017 sind Tierschutzaktivisten nach deren Angaben in den landwirtschaftlichen Betrieb meiner Familie eingedrungen, um Filmaufnahmen aus den Stallungen zu drehen. Sie zeigen die Folgen eines aufgetretenen Schwanzbeißgeschehens bei einer Gruppe von insgesamt ca. 40 Tieren im Betrieb.

Vier Monate nach Beginn dieser Aufnahmen wandte sich die Redaktion der vom Sender RTL ausgestrahlten Sendung „stern TV“ zunächst an das Ministerium, später an den Betrieb meiner Familie. Am 10. Juli ging dort mit Fristsetzung zur Beantwortung innerhalb eines Tages eine Anfrage zu den gemachten Aufnahmen ein. Dem Betrieb war es dank einer umfangreichen Dokumentation des Krankheitsverlaufes sowie der zahlreichen, bereits in den Wochen zuvor unternommenen Maßnahmen möglich, in einer umfassenden Stellungnahme auf die Vorhalte einzugehen.

Ich zitiere die Stellungnahme des Betriebes, die den Ausschussmitgliedern bekannt sein dürfte, auszugsweise:

„In einem kurzen Zeitraum des ersten Halbjahres 2017 kam es innerhalb der Mast des Betriebes zu außergewöhnlichen Krankheitsverläufen, die umfangreiche Handlungen zum Wohle der Tiere erfordert haben. Der Betrieb war erstmalig in dieser Form und in diesem Ausmaß von solchen Krankheitsverläufen betroffen. Auch deswegen haben die außergewöhnlichen Bilder von einzelnen erkrankten Tieren bei uns große Betroffenheit ausgelöst.“

Weiter:

„Der Betrieb fühlt sich aus tiefer Überzeugung dem Wohl der Tiere verpflichtet. Wir sahen uns daher auch veranlasst, sofort und unverzüglich zu handeln und die betreuende Tierärztin in den Betrieb zu holen zum Wohle der Tiere. Im Verlauf sahen wir uns gemeinsam mit der Tierärztin gezwungen, in einzelnen Fällen Nottötungen durchzuführen. Zudem veranlassten wir eine entsprechende veterinärmedizinische Behandlung der Tiere.“

Die Stellungnahme wurde nach Ausstrahlung des „stern TV“-Beitrags vom Betrieb an alle anfragenden Journalisten verschickt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin auf dem Hof meiner Eltern aufgewachsen, mit den Tieren groß geworden. Das Wohl der Tiere lag und liegt mit stets am Herzen. So war es in den vergangenen Wochen wichtig, und das ist es weiterhin, zwischen Vorgängen, die den privatwirtschaftlichen Betrieb meiner Familie betreffen, und meiner Tätigkeit als zuständige Ministerin zu trennen.

Gleichwohl ist mir bewusst, dass ich eine politische Verantwortung habe. Ich habe Verständnis dafür, dass die gezeigten Bilder Fragen aufwerfen. Deswegen habe ich den Weg gewählt, mich meiner Verantwortung von Beginn an umfassend zu stellen.

Bereits wenige Stunden nach der Ausstrahlung am Morgen des 13. Juli habe ich gegenüber Anfragen an Journalisten ein schriftliches Statement abgegeben, in dem ich unter anderem auf die umfassende Stellungnahme verwiesen habe. Überdies habe ich mich am selben Morgen bereits den Fragen des Fernsehsenders WDR gestellt. Ein Auszug dieses Interviews wurde am selben Tag vom WDR ausgestrahlt.

Am 25. Juli stand mein nächster geplanter öffentlicher Termin als Ministerin an, der Start der Waldzustandserhebung 2017 in Wülfrath. Dieser Einladung sind zahlreiche Journalisten gefolgt. Ich habe diesen Termin zum Anlass genommen, erneut zu einigen gestellten Fragen Auskunft zu geben. Am 28. Juli hat die Staatsanwaltschaft Münster mitgeteilt, dass die Einleitung von Ermittlungen gegen mich nicht in Betracht komme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die gesellschaftspolitische Diskussion über eine tierwohlgerechte und nachhaltige Nutztierhaltung in Nordrhein-Westfalen zu führen. Dies sollte faktenbasiert und auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse geschehen. Um nicht missverstanden zu werden: Wenn es Vorwürfe gegen den Betrieb meiner Familie gibt, müssen selbstverständlich alle im Raum stehenden Vorwürfe aufgeklärt und bewertet werden. Dafür stehe ich persönlich und auch in meiner Funktion als für den Tierschutz und die Landwirtschaft gleichermaßen zuständige Ministerin ein.

Ich halte es auch für wichtig und richtig, dass wir uns anschauen, wie Nutztiere gehalten und die Lebensmittel erzeugt werden und dazu an einem gesellschaftlichen Konsens arbeiten. Die Politik, gerade auch im veredlungsstarken NRW, muss Rahmenbedingungen dafür schaffen, sodass eine nachhaltige, am Tierwohl orientierte und wirtschaftlich darstellbare Nutztierhaltung in NRW, aber auch bundes- und europaweit perspektivisch möglich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Teil der in dem Beitrag des Senders RTL gezeigten Schweine weisen nekrotische Verletzungen auf. Diese sind aus veterinärmedizinischer Sicht typisch auf Geschehen des sekundären Schwanzbeißen zurückzuführen. Dieses Problem wurde hier im Ausschuss zuletzt vor wenigen Monaten erörtert. Zudem liegt Ihnen seit Montag ein ausführlicher Bericht meines Hauses dazu vor. Herr Professor Dr. Jaeger, der Leiter des Referats Tierschutz im Minis-

terium, der bereits hier in der Vergangenheit zu dem Thema im Ausschuss war, wird dazu gleich fachlich noch näher ausführen.

Zur Beantwortung von weiteren rechtlichen Fragestellungen steht außerdem Herr Hülsenbusch, Leiter des Rechtsreferats im Ministerium, zur Verfügung.

Ein paar Ausführungen grundsätzlicher Art aber auch von mir: Das sekundäre Schwanzbeißen ist eine besondere Form der innerartlichen Aggression bei Schweinen, die in der Schweinehaltung leider immer wieder vorkommt. Das sekundäre Schwanzbeißen beruht nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen auf Imbalancen des Stoffwechsels und der Genetik bei einzelnen Tiergruppen.

Es war das Land Nordrhein-Westfalen, das in Zusammenarbeit mit hiesigen Schweinehaltern die Abläufe um das Phänomen des Schwanzbeißens wissenschaftlich aufklären konnte. Manche Erkenntnisse waren so neu, dass eine namentliche Fachzeitschrift, nämlich die „Tierärztliche Umschau“, sogar eigens eine Sonderausgabe im Dezember 2015 hierzu herausgegeben hat. Auch wurden die neuen Erkenntnisse auf einem internationalen Symposium in Duisburg am 19. Dezember 2015 mit Wissenschaft und Praxis breit diskutiert.

Nicht zuletzt möchte ich auf den ausführlichen Landtagsbericht zum Schwanzbeißgeschehen beim Schwein verweisen, über den in diesem Ausschuss am 8. März bereits ausführlich diskutiert wurde. In dieser Sitzung ist mein Vorgänger im Amt auf das Problem eingegangen. Herr Remmel führte unter anderem aus, dass Schwanzbeißen nie 100%ig ausgeschlossen werden könne. Er wolle auch nicht sagen, dass es im Öko-Bereich kein Schwanzbeißen gebe. Das ist ein Zitat aus dem Ausschussprotokoll.

Die wissenschaftlichen Aktivitäten sind vom damaligen Landwirtschaftsminister Eckhard Uhlenberg eingeleitet und unter der rot-grünen Regierung nach 2010 vertieft worden. Aus diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen wird auch deutlich, dass die in dem Fernsehbeitrag gezeigten Bilder nicht betriebsspezifisch sind. Mit den Folgen auftretenden Schwanzbeißens bei der Haltung von Schweinen haben sich landes-, bundes- und europaweit viele Landwirte und auch Tierärzte auseinandersetzen müssen.

In der Praxis muss bei ersten Anzeichen eines Schwanzbeißgeschehens im Bestand aus Gründen des Tierschutzes rasch gehandelt werden. Hierzu gehören Maßnahmen wie die Unterbringung der betroffenen Tiere in Krankencubikeln, engmaschige Kontrolle und Betreuung der Tiere, Identifizierung und Separierung von erkrankten Schweinen und auch ergänzende Fütterungsmaßnahmen wie etwa die Erhöhung des Rohfasergehalts in der Ration oder Strukturfuttermitteln.

Reichen diese betrieblichen Maßnahmen nicht aus, muss ein Tierarzt hinzugezogen werden, der erforderlichenfalls ergänzende arzneiliche Behandlungen einleitet. In schweren, nicht beherrschbaren Verläufen kann es auch angezeigt sein, die betroffenen Tiere zu töten zum Wohle der Tiere.

Nun stehen zu amtlichen Erkenntnissen sowie zu weiteren veterinärmedizinischen und tierschutzfachlichen Fragestellungen und Bewertungen Herr Professor Jaeger und auch Herr Hülsenbusch zur Verfügung. – Herr Professor Jaeger, vielleicht mögen Sie aus fachlicher Sicht ergänzen.

**Prof. Dr. Friedhelm Jaeger (MULNV):** Ich will gerne einige Sätze sagen zum Schwanzbeißen, was eine sehr trickige Angelegenheit ist, die schwierig ist zu verstehen oder überhaupt zu erfassen. Jahrelang ging man davon aus, dass Schweine sich aus Langeweile in die Ohren und in die Schwänze beißen, dass also Schwanzbeißen ein Symptom ist von Langeweile, von vielleicht Enge oder auch von Zugluft im Stall ist. Dann hat man die Schweine „optimal“ gehalten und festgestellt: Auch das hilft nicht sicher, und auch dann kann immer mal wieder punktuell Schwanzbeißen auftreten. Dadurch kam man auf die Idee: Es muss noch mehr geben als nur den Einfluss einer Haltung, einer Langeweile, einer Zugluft.

Dann haben wir intensive Forschungen gemacht – Sie haben das im Landtagsbericht von März ausführlich dargelegt –, und wir kamen darauf, dass es auch der Stoffwechsel ist. Wenn es also Imbalancen im Magen-Darm-Milieu gibt, gibt es eben ein Stoffwechselproblem. Es juckt, ganz banal. Es juckt, es kommt zu Entzündungen. Sie wissen von sich selbst, wenn etwas entzündet ist, dann möchte man sich kratzen, man möchte sich „schubbern“. Die Schweine wollen also nicht spielen, sie wollen ihre Entzündungen loswerden. Das heißt, sie strecken ihren Ringelschwanz dem anderen Schwein quasi entgegen und sagen: Beiß mal da rein! Nur ein Schwein kratzt nicht, ein Schwein beißt, und wenn einmal Blut fließt, dann kann es mit einem Mal sehr plötzlich passieren. Und das macht die Sache so sehr tricky. Das heißt, gerade dieser sekundäre Kannibalismus, der also von Stoffwechselimbalancen ausgeht, der auch genetisch getriggert wird, der kann so plötzlich auftreten und manchmal auch sehr schwer zu beherrschen sein.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Vielen Dank. – Herr Dahm.

**Christian Dahm (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Gleich vorweg: Wir beantragen für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. Das hatte ich auch schon angekündigt. Ich halte das auch für wichtig, damit wir all das noch nachlesen können.

Wir befassen uns jetzt erstmals auch plenar mit dieser Geschichte, mir Ihrer Geschichte, Frau Ministerin. Wir haben heute einige neue Dinge gehört, die Sie hier eben vorgetragen haben. Wir hatten durchaus den Eindruck, das war eher eine persönliche Erklärung. Auch der Bericht der Landesregierung, der uns am Montag zugegangen ist, lässt Fragen offen. Das sage ich an dieser Stelle. Wir werden gleich noch einige Fragen stellen. Denn nicht alle Fragen, die wir im Vorfeld gestellt und schriftlich eingereicht haben, sind beantwortet.

Das zeigt: Die Informationen, die wir bekommen, gibt es immer nur stückweise, Frau Ministerin. Insbesondere der Bericht zum eigentlichen Sachverhalt und auch Ihre persönliche Beziehung sind nicht geklärt. Darauf zielen gleiche mein Fragen. Sie ha-

ben nochmal dargestellt, dass Sie in der Sommerpause all das getan haben, um die Öffentlichkeit zu informieren. Das stelle ich eindeutig in Abrede. Sie hatten acht Wochen Zeit, das Parlament und uns zu informieren. Sie hatten die Gelegenheit, auch in Form von Kleinen Anfragen – das sage ich auch im Namen von Kollegen Rüße – zu antworten. Da haben wir eher eine wissenschaftliche Abhandlung bekommen über Schwanznekrosen und das, was Herr Professor Jaeger hier eben ausgeführt hat.

Ihre Schwerpunkte in der Sommerpause lagen auf anderen Gebieten, aber nicht auf der Beantwortung dieses Problems, dieses Mastskandals bei Ihnen zu Hause. Das sage ich in aller Deutlichkeit. Ich glaube, Sie waren eher auf Regionalmärkten zu Hause, haben den Förderbescheid übergeben an den Kreis Steinfurt – auch das ist schon interessant bei Ihnen zu Hause, gleich als eine der ersten Amtsmaßnahmen: siehe Dienstfahrzeugaustausch energiearmer Tesla gegen ein neues Fahrzeug, ist interessant, zeigt aber wenig Fingerspitzengefühl, Frau Ministerin, in dieser Sache.

Auch dass Sie 50.000 Unterschriften der Tierschutzorganisation hier vor dem Landtag nicht angenommen haben, ist, glaube ich, nicht in Ordnung. Als oberste Tierschützerin darf man das nicht verweigern, besonders dann, wenn man sich selbst für den Tierschutz persönlich, aber ganz besonders in Ihrer Funktion und dem Amt verantwortlich fühlt.

Wir sollten auch das klären, denn Ihre Ausführungen waren gerade sehr interessant. Sie lesen eine Stellungnahme des Betriebs. Sie sprechen von Ihrem Betrieb, Sie sprechen von Ihrem Familienbetrieb. Das sind genau die Verquickungen, die wir hier zwischen dem Amt und Ihrem möglichen Betrieb zu Hause sehen. Daher stellt sich für uns schon die Frage, ob Sie befangen sind in Ihrer Funktion. Ich frage Sie ganz persönlich, Frau Ministerin: Wie sind denn die derzeitigen Besitzverhältnisse in dem Schweinemastbetrieb Schulze Föcking? Haben Sie überhaupt noch Besitzrechte, oder haben Sie lediglich die Betriebsführung abgegeben? Haben Sie Gütertrennung vereinbart? Wie waren die persönlichen Verantwortlichkeiten und ganz besonders natürlich Ihre zu dem Vorfallzeitpunkt? Sie haben das eben genannt, im März und im Juni dieses Jahres.

Wie ist das geregelt? Bekommen Sie überhaupt noch Einnahmen aus dem Betrieb? Auch das wäre mal interessant gegenüber dem Parlament zu wissen. Da stellt sich, Frau Ministerin, schon die Frage, ob Sie Ihr Amt daher unabhängig ausführen und hier auch objektiv gegenüber dem Parlament berichten können. Nach wie vor, glaube ich, gibt es einen Interessenskonflikt zwischen Ihrem Amt und den Vorfällen. Das werden Sie vermutlich ja auch geahnt haben. Nicht umsonst gab es ja offenbar diese wirtschaftliche Übertragung, kurz nachdem Sie das Amt übernommen haben, am 30.06./01.07. Eines dürfte heute, glaube ich, schon klar sein: Sie haben zumindest eine politische Verantwortung, der Sie sich stellen müssen. Dann werden wir gleich einmal die weiteren Fragen zum Sachverhalt erörtern. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zunächst einmal diese Fragen der Befangenheit hier klären könnten. – Vielen Dank.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Vielen Dank, Herr Dahm. – Herr Rüße.

**Norwich Rübe (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Wir finden es natürlich sehr gut, dass wir heute erstmals auch hier über das Thema sprechen. Wir hätten uns das als Grüne deutlich eher gewünscht. Die Bilder waren in der Tat schon erschreckend, die es an der Stelle gab. Ich will aber auch einen Einschub machen. Ich tue mich persönlich schwer damit, dass diese Bilder aufgrund von Einbrüchen entstanden sind. Das macht es für mich schon schwer, das will ich deutlich sagen. Ich sage aber auch: Die Bilder sind da, und dann kann ich auch nicht an diesen Bildern vorbeigehen.

Was mir gefehlt hat, Frau Ministerin, ist, dass Sie sich tatsächlich verhalten hätten zu den Vorkommnissen, dass Sie sagen, dass Sie selbst erschrocken sind. Das hat mir gefehlt, weil das, was Sie eben ausgeführt haben, Sie hätten sich geäußert, sehe ich nicht so. Sie haben immer darauf verwiesen, dass die Staatsanwaltschaft noch ermittelt und Sie deshalb nichts sagen. Sie haben auf die Stellungnahme Ihres Ehemannes, den Betriebsleiter, verwiesen. Sie haben sich eigentlich vollkommen von Ihrem eigenen Betrieb distanziert. Das finde ich nicht gerechtfertigt, weil Sie in den letzten sieben Jahren immer genauso aufgetreten sind – als gelernte Landwirtin, als Betriebsleiterin. Sie haben Fotos gehabt – auf dem Trecker, an der Schütte. Sie haben sich ja auch als Landwirtin inszeniert.

Ich frage mich natürlich, ob das bei Ihnen nicht eben genauso ist wie bei mir auch. Natürlich macht das dann vielleicht in der Hauptsache jemand anderes, aber man kommt doch nach Hause und guckt in den Stall, unterhält sich doch mal darüber und trifft dann auch gemeinsame Entscheidungen. Sie können sich doch nicht so distanzieren, als ob Sie damit gar nichts zu tun hätten – die Schweine waren doch 50 m von Ihnen entfernt. Darüber redet man doch.

Das Erstaunliche für mich ist: Ich habe mich dann auch mit vielen Landwirtinnen und Landwirten aus konventionellen Mastbetrieben unterhalten und habe sie gefragt, was sie denn von den Bildern halten. Da kam oft „schon heftig“, aber viele haben auch gesagt: Ja, das ist normal. Das ist gängiger Zustand, vielleicht nicht in der Heftigkeit, aber so ist das halt – Schwanzbeißen. Herr Prof. Jaeger hat das ja auch eben dargestellt, und im Bericht finden wir dazu auch ein paar Zahlenangaben. Das ist ein Ereignis, das anscheinend zur modernen Schweinehaltung dazugehört.

Dann sind wir auch beim Bericht angelangt. Dieser Bericht ist für mich und aus Sicht meiner Fraktion eine einzige Enttäuschung. Wir hätten auch – das will ich hier auch deutlich sagen – erwartet, dass man in dieser Konstellation, die wir hier vorliegen haben, nicht aus dem Ministerium selbst einen Bericht dazu verfasst, sondern ein unabhängiges externes Gutachten zur Bewertung anfertigen lässt. Das kostet dann ein paar Euro. Aber ich glaube, meine Fraktion glaubt, dass das der richtige Weg gewesen wäre.

In dem Zusammenhang möchte ich direkt auch einen Zeitungsartikel erwähnen, der in den „Westfälischen Nachrichten“ erschienen ist. Und in diesem Zeitungsartikel taucht ein Wort auf von der „weisungsungebundenen“ Fachaufsicht. Ich hätte gerne erklärt bekommen, wie das funktioniert, dass es in einem Ministerium Teile gibt, die

weisungsungebunden sind. Das wüsste ich gerne, man müsste mir erklären, wie das rein rechtlich geht,

(Zurufe)

weil es immer Zuständigkeiten gibt.

(Zuruf)

Nein, ich bin halt nicht so ein APO-Mensch, wie Sie das vielleicht sind. Ich stelle mir immer vor, dass es in einem System Ordnung gibt. Und soweit ich ein Ministerium kennengelernt habe – es gibt einen Geschäftsplan –, da ist alles gut durchorganisiert. Mich wundert einfach, dass es einen Teil gibt, der „weisungsungebunden“ ist. Ich hätte gerne erklärt bekommen, wie das funktioniert.

Dann zum Gutachten selber: Eines der gern gebrauchten Wörter im Gutachten ist „könnte“. Es ist schon erstaunlich, das alles irgendwie erklärt wird und alles wird eben mit „könnte daran, könnte dies, könnte das“, alles ist nachvollziehbar und erklärbar. Und eingebunden wird das alles eben in eine lange Erklärung rund um das Schwanzbeißen – das hätten wir gar nicht unbedingt gebraucht –, weil wir in der Tat schon einen Bericht dazu hatten.

Gestern Abend habe ich „ARTE“ geguckt – das ist interessant, manchmal gibt es Zufälle –, und da habe ich einen Film gesehen, in dem es um „armes Schwein, fette Geschäfte“ ging. Mir wird immer wieder gesagt, das geht alles nicht. Da werden die Schwänze kopiert, trotzdem kommt es zum Schwanzbeißen. Alles funktioniert nicht. Hier wird mir seit sieben Jahren erklärt, wir kommen nicht voran. Und dann taucht in diesem Film ein schwedischer Bauer auf mit 3.500/4.000 Schweinen – also richtig groß, der hat die Ställe etwas anders strukturiert, es sieht alles ein bisschen anders aus, er arbeitet mit viel Stroh in den Ställen, kein einziger Schwanz ist da kopiert, die Schwänze sind heil. Ich bin überrascht. Von daher habe ich das Gefühl, dass andere uns da ein Stück weit voraus sind.

Was auch klar war in dem Bericht, dass die natürlich leiden unter der Konkurrenz aus Dänemark und aus Deutschland, weil wir das Fleisch etwas billiger herstellen können. Wenn das der Preis für billiges Fleisch ist! Aber es ist klar: Es gibt andere Wege, die man gehen kann. Das, glaube ich, ist ganz deutlich. Ich würde von Ihnen als Ministerin erwarten, dass Sie sich nach dem, was wir in den letzten Jahren immer wieder gehört haben – es geht nicht anders, es geht nicht anders –, an die Spitze der Bewegung setzen, dass Sie sagen. Diese Vorkommnisse auch in meinem eigenen Betrieb schockieren mich auch selbst, und ich will, dass es deutlich anders wird, nicht nur ein bisschen repariert wird mit ein bisschen hier und ein bisschen da, weil wir so überhaupt nicht vorankommen. Das ist klar erkennbar. Dieses System muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Wir müssen andere Wege gehen, und da muss so etwas wie Schweden Vorbild sein. Wir können mal nach Schweden eine Ausschussreise machen und uns das dort mal angucken. Das würde ich von Ihnen von verlangen.

(Zurufe)

Ich würde von Ihnen verlangen, dass Sie nicht reparieren, sondern eine Änderung des Systems herbeiführen.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Herr Rüsse, vielen Dank. Die Reise mit Schweden nehmen wir mal mit. – Herr Diekhoff!

**Markus Diekhoff (FDP):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich danke herzlich für diesen umfassenden Bericht, der, wie ich finde, vieles klarstellt und sehr sachlich und sehr weitgehend die im Raum stehenden Fragen zu den Vorgängen in dem betreffenden Betrieb beantwortet. Ich finde es im Gegensatz zu Ihren Ausführungen durchaus gut, dass dieser Bericht auch von Menschen im Ministerium mit geschrieben wurde, denen Ihr Minister im vergangenen Ausschuss noch bestätigt hat, dass sie einen sehr hohen Sachverstand haben. Das ist eigentlich etwas Positives. Sie haben gerade gesagt, wäre das externe Gutachten gekommen, hätten Sie es als bezahltes Gefälligkeitsgutachten abgetan. Jetzt haben Sie hier aber Schriften von Menschen vorliegen, die sich mit dem Thema auskennen, was Ihr ehemaliger Minister selbst bestätigt hat. Von daher, glaube ich, dass das sehr umfassend ist und dass damit die Vorwürfe ausgeräumt sind.

Die staatsanwaltschaftlichen Vorwürfe sind ja bereits eingestellt. Selbst Christian Adam von Tierretter e. V. hat ja in einem Interview gesagt, dass es auch aus gesetzlichen Gesichtspunkten in diesem Fall keinerlei Skandal gibt. Auch das sollten wir hier berücksichtigen, wenn wir hier im Hause darüber diskutieren und nach unserer Gesetzeslage alles in Ordnung ist, dann sind wir da schon auf einem guten Weg.

Zum Bereich Schwanzbeißen bin ich jetzt ebenfalls überrascht. Dazu hätte ich dann auch noch eine Frage. Herr Rüsse sagte gerade, es gebe in Schweden ganz große Fortschritte. Ich erinnere mich aber auch, hier schon gehört zu haben, dass das sehr schwierig ist und sehr umfangreicher und jahrelanger weiterer Vorbereitungen bedarf, bis man ein wirkliches Verfahren dafür entwickeln kann, wie man mit Schwanzbeißen umgeht oder wie man es verhindert. Das hat Herr Remmel hier auch Ende März noch gesagt. Es gibt dazu eine Studie mit verschiedenen Durchgängen. Ich glaube, der dritte Durchgang dieser Studie läuft gerade. Vielleicht kann man mir dazu schon eine Auskunft geben, wieweit man in diesem Bereich ist und wie so die Tendenz oder das Ergebnis der jeweiligen ersten, zweiten und dritten Durchgänge dieser Studie ist. – Danke.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Danke sehr, Herr Diekhoff. – Herr Hovenjürgen.

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Frau Vorsitzende, herzlichen Dank. – Ich möchte mich natürlich auch zum großen Teil meinem Vorredner anschließen. Herr Dahm, erstens haben Sie der Ministerin nicht zugehört. Zweitens haben Sie deutlich gemacht – dafür bin ich Ihnen dankbar –, um was es Ihnen geht: um Skandalisierung und nicht um Aufklärung. Es geht Ihnen um Skandalisierung und wenn Sie dann noch einfügen, dass Frau Ministerin auf den Tesla verzichtet – Sie wissen, wer den Tesla aus-

gemustert hat, den hat Ihr Minister ausgemustert, weil er nicht praxistauglich ist – Ihr Minister, der von Ihnen mitgetragene Minister hat dieses Experiment beendet.

Im Übrigen auch nochmal eines zur Sache der Befangenheit: Ich erinnere mich an die Diskussion – der Kollege Stinka wird sich auch daran erinnern – um die Dichtheitsprüfung. Ich erinnere mich an Anwürfe, die gegen Herrn Stinka gerichtet worden sind, nämlich dass sein Sohn in dieser Branche tätig ist, davon partizipiere und deswegen sei Herr Stinka befangen. Ich habe ihn dagegen ausdrücklich in Schutz genommen. Ich hätte mir diesen Anstand auch von Ihnen gewünscht. Das sage ich ganz deutlich an dieser Stelle. Dass Sie so billig auf diese Dinge einsteigen, das finde ich – auch für die größte Oppositionspartei – keinen Leistungsnachweis, um das an dieser Stelle ganz deutlich zu sagen.

Herr Rüße, wie schnell das gehen kann, wissen Sie doch am besten.

(Zuruf von Christian Dahm [SPD])

– Sie waren doch auch nicht bei der Sache, lieber Herr Dahm, denn wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie alle Fragen schon beantwortet bekommen. Die Ministerin hat auf alles umfänglich hingewiesen, Auskunft gegeben und im Übrigen auch, Herr Rüße, auf die Frage, ob sie sich nicht in der besonderen Verantwortung sieht. Das hat sie gesagt, sie hat das erklärt. Sie, Herr Rüße, wissen, wie das geht, Sie wissen, wie es um Ihre Kuh bestellt war, die ohne Fressen und Tränke auf der Weide war und wo das Veterinäramt Sie dazu bringen musste, dieses Tier artgerecht zu versorgen. Sie wissen also, wie so etwas geht und wie man so etwas macht.

Deswegen noch einmal: Es gibt die Tierhilfe, die im Übrigen auf ihrer Seite fröhlich formuliert, dass sie, wenn sie in Betriebe einsteigt und dort keine eklatanten Tierschutzvergehen erkennt, dieses Material sammelt und es dann den Medien zur Verfügung stellt. Da dies vier Monate lang gesammelt wurde und die Veterinäre nicht in den Betrieb geschickt wurden, gehe ich davon aus, dass diese Aussage Gültigkeit hat und es eben keine eklatanten Tierschutzverstöße in dem Betrieb gab. Das ist für mich der einzige logische Nachweis an dieser Stelle.

Deswegen noch einmal: Wenn wir so weit kommen, dass wir eine legitime Haltungsform, die rechtmäßig ist – man kann sich darüber streiten –, zu moralisch unrechtmäßiger Haltungsform erklären und damit rechtfertigen, dass ich in den Betrieb einsteigen, einbrechen darf – Sie haben auf die Problematik hingewiesen, Herr Rüße –, dann müssen wir aufpassen, was passiert. Werden Täter zu Glaubwürdigkeit erhoben, während diejenigen, die Opfer sind, zu Tätern werden? Deswegen haben wir eine gemeinsame Verantwortung in dieser Frage, wie wir damit umgehen und wie wir zukünftig miteinander umgehen in solchen Fällen.

Ich glaube, dass der Betrieb in seiner Stellungnahme und – lieber Herr Dahm, lesen Sie doch einfach! – umfänglich ... Frau Watermann-Krass, diese Bilder, die Ministerin hat auch dazu etwas gesagt, haben drei Monate gelegen. Jetzt sage ich Ihnen auch eines: Ich weiß nicht, wie sie entstanden sind. Ich weiß aber auch, was man mit Bildern machen kann. Und insofern kann ich nicht nachvollziehen: Ist das alles Reali-

tät, was wir sehen, oder hat man vielleicht auch ein bisschen ... Ich kann es nicht sagen, ich weiß es nicht, aber Sie billigen grundsätzlich ...

(Zuruf)

diesen Leuten eine größere Glaubwürdigkeit zu als dem Betrieb, der betroffen ist und der dazu Stellung genommen hat. Das ist eine Umkehrung der Situation, und deswegen noch einmal: Wenn wir miteinander umgehen, dann sollten wir auch im Umgang miteinander fair bleiben. Und – Herr Dahm – ein Stück weit haben Sie die Fairness verlassen. Herr Rüsse hat sich noch ein bisschen Mühe gegeben, aber er war auch kurz davor, aus der Kurve zu fliegen. Aber nichtsdestotrotz:

(Zurufe)

Haltungsnoten, heute von mir.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Herr Brockes, Sie sind zwar noch auf der Liste. Ich würde gern jetzt aber noch die AfD dran nehmen und Sie dann für die zweite Runde ganz nach oben schieben. – Ich danke Ihnen.

**Dr. Christian Blex (AfD):** Meine Damen und Herren! Es ist Wahlkampf, Vorwahlkampf. Und das Ganze, was hier abläuft, ist ein ganz klarer Versuch von Rot-Grün, wenn sie nichts zu sagen haben, sich im Wahlkampf Gehör zu verschaffen. Ich sage das ganz ehrlich: Ich finde die Äußerung von Herrn Dahm ein bisschen anekelnd. Der Umgangston von einer Fraktion, die persönlichen Vorwürfe gegen die Ministerin, die jetzt nicht unsere Ministerin ist, wundert mich jetzt doch sehr stark. Ich kann nur sagen: Wir sind ausreichend informiert worden über diesen „Skandal“ – „Skandal“ kann man eigentlich gar nicht sagen –, über diese „Skandalisierung“ von etwas, was kein Skandal war. Was mich eigentlich erschüttert, ist, dass der eigentliche Skandal gar nicht skandalisiert wird. Denn der eigentliche Skandal ist, dass sich Aktivisten über das Gesetz stellen und strafbare Handlungen begehen. Das ist hier doch offensichtlich der Skandal. Das mag bei den Grünen und bei der SPD vielleicht so gesehen werden, klar, das ist Ihre Klientel, die diese strafbaren Handlungen macht. Aber das ist, Herr Dahm, eine

(Zurufe)

Unverschämtheit. Wenn Sie dummes Zeug über Tesla-Autos sagen, die sehr leicht brennbar sind.

(Zuruf)

– Ja, es ist Ihre Klientel, die so etwas hier macht. Das ist eigentlich der Skandal, dass hier Leute vorkriminalisiert sind und Rechtsbruch begangen wird.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Danke. – Damit ist die erste Runde beendet, und ich bitte um die Antwort.

**Ministerin Christina Schulze Föcking (MULNV):** Ich würde gerne direkt, Herr Dahm, mit Ihren Vorwürfen beginnen. Es gibt eine sehr, sehr umfangreiche, umfassende Stellungnahme des Betriebes. Es wurde direkt alles offen gelegt, und jeder, der danach gefragt hat, konnte diese vom Betrieb aus beziehen, bekommen und hat sie eben zugeschickt bekommen.

Sie sprechen von einem Skandal. Aus der Stellungnahme des Betriebes wird deutlich, dass es ein Krankheitsverlauf war. Deshalb möchte ich auch nochmal deutlich machen: Mir geht es darum, faktenbasiert aufzuklären, faktenbasiert ist es dementsprechend auch darzulegen. Wie Sie der Stellungnahme des Betriebes entnehmen können, sind die Aufnahmen aus den Krankenkassen gemacht worden. Die Verletzungen sind krankheitsbedingt, sie sind nicht durch schlechte Haltungsbedingungen oder Ähnlichem entstanden. Es handelt sich um ein sekundäres Schwanzbeißen. Das ist unvorhersehbar, unvermittelt und auch nur schwer beherrschbar. Deswegen wurde auch direkt alles in die Wege geleitet vonseiten des Betriebes, dass direkt eine Tierärztin dazu gerufen wurde – am Pfingstmontag sogar, also an einem Feiertag, war diese Tierärztin im Bestand – und hat sich direkt dementsprechend auch um die Tiere gekümmert.

Zum Thema „Unbefangenheit“: Zum jetzigen Zeitpunkt, also ab dem 01.07., bin ich weder rechtlich noch tatsächlich in den Betrieb eingebunden. Dementsprechend – das habe ich auch der Staatsanwaltschaft gegenüber deutlich gemacht und auch mit Verträgen belegt – habe ich mich, je länger ich in der Politik war, immer mehr aus dem Betrieb herausgezogen. Der Staatsanwaltschaft liegen die Verträge vor, dass ich seit 2012 – und das können Sie auch der Stellungnahme des Betriebes entnehmen – nicht mehr als zuständige Geschäftsführerin für die Schulze Föcking GbR zuständig war, seit 2015 auch überhaupt nicht mehr für die Bestandsbetreuung. Das ist alles vertraglich geregelt in 2012/2015, und – wie gesagt – wurde das auch der Staatsanwaltschaft dementsprechend übergeben.

Wir haben diesen Punkt „Unterschriften an den Ministerpräsidenten“: Es wurde bei mir nie die Anfrage gestellt, ob ich diese Unterschriften entgegennehme, weil Sie sagen, ich hätte sie entgegennehmen sollen. Diese Frage wurde mir gegenüber nie gestellt, von daher konnte ich sie auch nicht entgegennehmen.

Herr Rüsse, ja, die Bilder sind nicht schön. Das habe ich auch nie behauptet – ganz im Gegenteil, egal, ob es kranke Menschen oder kranke Tiere sind; die Bilder sind nie schön. Auch das wurde in der Stellungnahme des Betriebes vom Betriebsleiter selbst deutlich gemacht. Auch der hat die Bilder dementsprechend nicht für schön empfunden, sondern ganz im Gegenteil.

Was Sie sagen: Selbstverständlich bin ich auf diesem Betrieb groß geworden. Ich bin nach wie vor Landwirtin, aber aus zeitlichen Gründen habe ich mich dementsprechend zurückgezogen. Ich habe das anhand der Verträge in der Vergangenheit schon deutlich gemacht. Dementsprechend wurde das in der Stellungnahme des Betriebes auch nochmal dargelegt.

Die Frage war, wann oder wie ich vom Schwanzbeißen erfahren habe, ob darüber nie gesprochen wurde. Selbstverständlich wurde mal darüber gesprochen. Aber selbstverständlich wurde auch direkt darüber gesprochen, wie die Tiere behandelt wurden und dass sie sich in einer guten Versorgung befinden. Dementsprechend habe ich nicht die Notwendigkeit gesehen, mich einzuschalten, weil ich genau wusste, dass das aufseiten des Betriebes schon in die Wege geleitet wurde. Auch das können Sie der Stellungnahme sehr, sehr deutlich entnehmen.

Zum Bereich der Unabhängigkeit und des Gutachtens: Ich würde Herrn Professor Jaeger und Herrn Hülsenbusch bitten, dass Sie dementsprechend da nochmal ergänzen und vielleicht zu der Studie des dritten Durchgangs auch noch einmal etwas sagen.

**LMR Michael Hülsenbusch (MULNV):** Mir ist es ein Bedürfnis, auf die Anmerkung von Herrn Rüße etwas zu sagen. Sie haben, Herr Rüße, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gewisse Zweifel an der Objektivität und Unabhängigkeit der fachaufsichtlichen ...

Ich habe das so interpretiert, dass Sie gewisse Zweifel an der Unabhängigkeit und Objektivität dieser Äußerungen und der Prüfungen, die durch unser Haus erfolgt sind, hatten.

Ich möchte auf Folgendes hinweisen, weil das auch so ein bisschen an unsere Ehre geht, als Fachbeamte, die dem Land Nordrhein-Westfalen auch verpflichtet sind. Unsere Aufgabe als Fachaufsicht, das bezieht sich insbesondere auf die Fachaufsicht im Bereich des Tierschutzes, ist es, fachlich, an Fakten und Informationen orientiert Sachverhalte zu bewerten. Ich möchte zugeben, dass das in dem Bereich Tierschutz manchmal nicht ganz so einfach ist, weil das Thema „Tierschutz“ vor allen Dingen bei der Offenbarung solcher Bilder ein hoch emotionalisiertes Thema ist.

Aber wir sind schon immer der Auffassung gewesen, dass es dann besonders wichtig ist, in der Sache und den Sachverhalten der Faktizität Geltung zu verschaffen. Deswegen ist sehr frühzeitig die Bitte erfolgt von der Hausspitze, dass, nachdem die Bilder gezeigt wurden, von uns eine unabhängige – und das heißt weisungsunabhängige, fachaufsichtliche Prüfung dieses Geschehens durchgeführt wird.

Wir haben dann das gemacht, was wir immer machen, wenn wir eine fachaufsichtliche Überprüfung durchführen. Wir haben uns berichten lassen von den zuständigen Behörden. Wir haben Erkenntnisse ausgewertet, die uns in diesem Zusammenhang vorlagen, das war unter anderem der Bericht des Betriebsleiters, das waren unter anderem die Überwachungsprotokolle des Kreises Steinfurt und weitere Erkenntnisse, die wir einbezogen haben. Dies alles ist aus- und bewertet worden von Herrn Professor Dr. Jaeger, der – ich glaube, das kann man mit Fug und Recht sagen – einer der ausgewiesenen Experten in dem Bereich von Beurteilung von Schwanzbeißen geschehen ist. Herr Professor Dr. Jaeger hat diese Bewertung vorgenommen. Sie können Sie im Anhang zu dem Bericht der Landesregierung nachlesen.

Jetzt noch einmal abschließend zu dem Bericht „weisungsunabhängig“: Weisungsunabhängig bedeutet, dass Frau Ministerin Schulze Föcking uns diesen Auftrag erteilt hat und an diesem Bericht, den Herr Professor Jaeger gefertigt hat, nichts, aber auch überhaupt nichts geändert hat und zwischendurch keinerlei Hinweise, Anweisungen oder sonstige Einflussnahme ausgeübt hat. Das ist so gewesen, und dafür möchten wir auch stehen als Fachbeamte des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

**Ministerialrat Prof. Dr. Friedhelm Jaeger (MULNV):** Ich möchte noch kurz etwas Fachliches sagen zu den Fragen oder Hinweisen von Herrn Rüße und Herrn Diekhoff. Drei Dinge: Erstens möchte ich deutlich machen, Schwanzentzündungen, Schwanzbeißen in allen Haltungsformen, ob konventionell, ob Bio, ob groß, ob klein, ist ein Problem aller Schweinehaltungen europaweit.

Die zweite Aussage ist: Ich habe den ARTE-Bericht nicht gesehen. Aber wenn der Eindruck erweckt werden sollte, dass das Schwanzbeißgeschehen bei uns üblich ist, dann wäre das falsch. Schwanzbeißen tritt plötzlich auf, punktuell, unvermittelt. Aber es wäre falsch zu sagen, es ist ein generelles flächendeckendes Problem. Das wäre insofern einer Klarstellung wert. Weil das eben so tricky ist, werden im Moment so viele Projekte – über 50 Projekte europaweit – mit den Landwirten – keine Elfenbeinturmforschung – gemacht, die zeigen, dass man bemüht ist herauszufinden: Gibt es Frühwarnsysteme, und was kann ich machen, wenn es ausbricht, um die Sache zu beherrschen?

Der dritte Punkt: Es wurde Schweden angesprochen. Natürlich: Man ist in Europa auf dem Weg, das Problem zu lösen. Es ist ja nicht nur ein Tierschutzproblem, sondern auch ein Problem für die Landwirte, die das mit ansehen müssen. Es ist alles andere als schön, solche Bilder zu sehen. Es ist belastend. Deswegen macht sich die EU-Kommission auf den Weg. Nordrhein-Westfalen ist dort als nationaler Experte mit im Team und bereist die europäischen Mitgliedstaaten und guckt, wie man jeweils mit den Schweinen umgeht. Es wäre falsch zu sagen, nur Schweden hat gute Erfolge, auch wir haben Projekte gemacht, über die meine Kollegin Frau Dr. Pütz berichtet hatte, wo wir durchaus gezeigt haben: Ja, es geht mit gesunden Schwänzen, aber eben nicht sicher genug und flächendeckend, sodass wir noch auf dem Weg sind, hier eine sichere Lösung zu schaffen, die es auch verantwortbar macht, es in der Fläche durchzuführen.

Wir machen aktuell größere Studien. Es ist in der Tat so, dass trotz intensiver Betreuung durch Wissenschaft, durch Tierärzteschaft es immer wieder zu Rückschlägen kommen kann. Also auch das feilt nicht vor Rückschlägen. Wir haben am Freitag dazu im Ministerium eine Auswertung der Ergebnisse. Aber soviel kann ich schon sagen, dass es selbst bei intensivster Betreuung durch Wissenschaft und Praxis gleichwohl ein Risiko immer noch für das Schwanzbeißen gibt.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Danke für die Beantwortung der Fragen aus der ersten Runde. Dann gehen wir in die nächste Runde.

**André Stinka (SPD):** Frau Vorsitzende! Frau Ministerin! Ws wird Ihnen nicht entgangen sein, dass es innerhalb dieser Diskussion, die wir hier führen, bei dem einen oder anderen in der Öffentlichkeit die Frage der Zeitgleichheit zwischen Überprüfung des Betriebs und des Berichts, der ausgestrahlt wurde, immer wieder zu Nachfragen kommt. Vor dem Hintergrund würde uns interessieren, weil Sie ja in Ihrem Bericht Teil 1, Seite 4 ausführen, dass eine Regelkontrolle nach einer bestimmten Analyse und eine Gewichtung vorgenommen wird: Nach welchen Kriterien wird denn diese Analyse vorgenommen und wie wird die Gewichtung eigentlich vollzogen, dass eine Kontrolle ansteht?

Zweiter Punkt: Werden die Analyse und die Entscheidung dahin gehend denn auch dokumentiert? Denn Sie führen ja in Teil 1 Seite 4 aus, dass besonders bei Amtsträgern, die im öffentlichen Bereich stehen, man da schon sehr wohl – so sagt es zumindest der Bericht – eine gewisse Pflicht, eine gewisse Aufgabe sieht, diese Kontrollen durchzuführen. Deswegen auch die Frage der Gewichtung. Deswegen auch von uns die Frage: Es mutet schon seltsam an, dass die Kontrollen in einem Zeitraum durchgeführt wurden, der uns ja vorliegt, aber dass seit der letzten Kontrolle Ihres Betriebs drei Jahre vergangen sind, Sie aber schon länger – wie Sie vorhin ausgeführt haben – in der Öffentlichkeit eine Person des öffentlichen Lebens sind: Sie sind Fraktionsvorsitzende im Stellvertreteramt gewesen, Sie sind im CDU-Bundesausschuss Agrarpolitik gewesen. Also vor dem Hintergrund haben Sie ein Amt, das im Kreis Steinfurt und weit darüber hinaus eine hohe Bekanntheit hatte. Deswegen fragen wir uns: Wie wird diese Analyse vorgenommen, wie findet die Gewichtung statt und werden die daraus resultierenden Ergebnisse auch festgehalten?

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Vielen Dank. – Herr Brockes.

**Dietmar Brockes (FDP):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Herr Kollege Dahm, ich bin, ehrlich gesagt, immer noch erschrocken über Ihre Ausführungen, und ich frage mich, da Sie ja ausgebildeter Polizist sind, was für ein Rechtsstaatsverständnis Sie haben.

Sie glauben nicht der Staatsanwaltschaft, die gesagt hat, dass die Ministerin mit den Vorkommnissen auf dem Hof nichts zu tun hat. Deshalb wird dort nicht ermittelt. Dem glauben Sie nicht. Und auf der anderen Seite machen Sie sich die Position von kriminellen Tierschutzaktivisten zu Eigen, die auf einen Betrieb eindringen, also Straftaten verüben – das finde ich bemerkenswert. Das finde ich so von einem Polizisten unglaublich.

Jetzt müssen wir uns auch fragen: Wie geht das denn weiter? Es gab in der letzten Woche, so wie ich es in der Presse gelesen habe, den nächsten Einbruch in einen Betrieb in Bad Oeynhausen-Dehme. Geht das Spiel jetzt immer so weiter? Demnächst wird bei Lieschen Müller zu Hause eingebrochen, weil ein Tierschutzaktivist schauen möchte, wie sie mit ihrer Katze oder ihrem Hund umgeht. Es kann doch nicht sein, dass Sie Ihre Ausführungen auf dieser Grundlage erstellen und mit denen

eine Sache machen. Ich habe die Hoffnung, dass das nicht die Position der SPD ist und dass Rechtsstaatlichkeit dort auch wieder eine Rolle spielt.

Mein zweiter Punkt zu Ihnen, Herr Rüße. Er ist leider draußen. Er hat Wichtigeres zu tun, als die Ausführungen hier im Ausschuss zu hören. Vermutlich redet er draußen mit der Presse. Ich finde es schon bemerkenswert, dass er hingehet und das Ministerium, was ja noch bis vor Kurzem unter grüner Führung war, hier im Ausschuss so zu diskreditieren. Denn, Frau Kollegin Steffens, Ihr langjähriger Kabinettskollege, Minister Johannes Remmel, hat hier in dem Ausschuss im März ausgeführt – ich zitiere aus dem Protokoll:

„Er sei sehr dankbar, dass im Ministerium insbesondere im nachgeordneten Bereich mit Professor Jaeger und Frau Dr. Pütz zwei ausgewiesene Experten Rede und Antworten stehen können. Damit sei man in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt und mit so viel Sachverstand gesegnet.“

Dann frage ich mich: Warum, wenn man mit so viel Sachverstand auch Ihrer Fraktionskollegen gesegnet ist, soll man dann ein Gutachten extern vergeben, wo der Sachverstand doch schon hier im Haus ist? Das müssen Sie mir nochmal erklären.

Um jetzt auch nach vorne zu blicken: Wir haben jetzt auch mehrfach gehört – da kann ich auch wieder Minister Remmel zitieren:

„Man werde das nie 100%ig ausschließen können.“

Wir haben gehört, Frau Ministerin, dass Herr Uhlenberg sich bereits erstmalig vor zehn Jahren der Sache angenommen hat. Daraus schließe ich, dass wir in den vergangenen sieben Jahren hier nicht weitergekommen sind. Deshalb die Frage: Welche Ansätze hat ihr Haus – wie gesagt, ausschließen werden wir es nie –, um in der Sache weiterzukommen? Denn wenn es uns hier um das Tierwohl geht, dann müssen wir uns um die Sache und nicht um die Personen kümmern. – Vielen Dank.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Danke, Herr Brockes. – Auf der Liste steht jetzt Herr Rüße, er ist leider nicht da. Dann ist Frau Winkelmann an der Reihe.

**Bianca Winkelmann (CDU):** Sehr geehrte Kollegen! Als neues Mitglied in diesem Ausschuss muss ich nun sagen: Ich bin etwas schockiert gewesen über die Art und Weise, wie die Ausführungen laufen. Um mich dem Duktus anzuschließen, muss ich sagen: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil – auch in Richtung der Kollegen der SPD. Alles, was angefragt ist, steht letzten Endes sowohl in der Stellungnahme des Betriebes als auch im Bericht des Ministeriums. Genau diese beiden Dinge sind es letzten Endes, die auch ganz klar darlegen, dass es da eben keine Verquickung gibt. Zum einen haben wir die Arbeit der Ministerin, zum anderen haben wir die Arbeit des Familienbetriebes Schulze Föcking, an dem die Ministerin nicht mehr beteiligt ist. Das steht alles in dem Bericht.

Eine kurze Anmerkung zu dem Thema „Legalität solcher Bilder“, die entstanden sind: Natürlich haben wir uns alle sicherlich auch häufig mit der Presseauswertung zu dem

Thema beschäftigt. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich bin über einen Pressebericht gestolpert, der in der „Rheinischen Post“ vom 19. Juli veröffentlicht worden ist. In diesem Pressebericht – ich zitiere das jetzt einfach mal so wörtlich, wie es hier steht – wird die Geschäftsführerin der SPD-Kreistagsfraktion in Steinfurt, Veronika Nolte:

„Für Frau Nolte spielt es keine Rolle, dass die Bilder während eines Einbruchs gemacht worden sind. Das sei für ihre Partei nicht maßgebend, schreibt sie in einer Anfrage zu dem Thema an den Kreistag.“

Das hat mich ganz ehrlich schockiert. Andererseits bin ich nach wie vor ein bisschen geplättet, wie vonseiten der SPD hier mit dem Thema umgegangen wird. Das wundert mich nicht, das hat die Kreistagsvorsitzende hier ja auch schon gesagt. Es geht hier niemandem offensichtlich um das Thema „Tierwohl“, denn dann würden wir zu einer sachorientierten Diskussion zurückkommen.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht offensichtlich nur darum, eine Person, und zwar die Ministerin, zu beschädigen. Ich würde mir wünschen, dass wir in diesem Ausschuss endlich zu einer sachorientierten Diskussion zurückkommen würden. Sie wissen, dass es zum Beispiel aktuell die Studie gibt zum Thema „Schwänzekopieren“. Sie wissen, dass es noch ganz viele andere Dinge gibt, mit der sich der Ausschuss beschäftigen sollte. Ich hoffe, dass es uns schnellstmöglich gelingen wird, dahin zurückzukommen. – Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Danke schön, Frau Winkelmann. – Frau Steffens für die Grünen!

**Barbara Steffens (GRÜNE):** Herzlichen Dank. – Herr Brockes, ich kann Ihnen das gerne erklären. Wenn Sie dem Kollegen Rüße eben zugehört hätten, hätten Sie deutlich festgestellt, dass er nachgefragt hat, was die Formulierung „weisungsunabhängige fachaufsichtliche Bewertung“ bedeutet, weil ihm das noch nicht untergekommen ist. Wir haben oft – nicht nur in der letzten Legislaturperiode –, sondern auch schon in den Legislaturperioden davor, immer wieder mal zu unterschiedlichen Themen Diskussionen gehabt, wo gerade die jeweilige Opposition die gerade jeweilige Regierung angegriffen hat. Eines war immer das Thema, egal, um was es inhaltlich ging, nämlich die Frage: Wie unabhängig, nicht wie fachlich kompetent, sind Aussagen von Mitarbeitern von Ministerien, wenn sie eine Hausspitze haben, die aber letztendlich für die Zusammenarbeit zuständig ist?

Ich war nun gerade selber eine Zeitlang Ministerin, und ich weiß, dass es einfach für die Mitarbeiter im Ministerium auf der einen Seite die Fachlichkeit gibt, auf der anderen Seite ist es aber so, dass man mit seinen Themen auch beim Minister oder der Ministerin präsent sein will. Deswegen gibt es immer einen Beigeschmack. Das ist überhaupt kein Zweifeln an der entsprechenden Person, das ist überhaupt kein Anzweifeln, ob jemand korrekt gehandelt hat oder nicht, sondern das ist einfach, dass

man sich selber einen Gefallen damit tut, wenn man an bestimmten Stellen lieber jemanden fragt, der ganz außen vor steht, in keinem Arbeitszusammenhang und Arbeitsverhältnis ist, weil das etwas ist, was glaubwürdiger ist. Das war lediglich die Frage von Herrn Rütze, ohne die Fachlichkeit im Ministerium anzuzweifeln, weil es da ganz klar ist, dass natürlich die Fachkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorhanden ist – das ist in den Ministerien so. Von daher gibt es keinen Zweifel daran, sondern es war die Nachfrage: Was bedeutet diese Formulierung im Bericht? Und es war der Hinweis darauf, dass eine Unabhängigkeit von draußen etwas ist, was die Glaubwürdigkeit erzeugt.

Ich habe aber noch eine andere Frage, nämlich, Frau Ministerin, Sie haben eben eine Reihe von Maßnahmen beschrieben. Sie haben beschrieben, was dann passiert ist bis hin zur notwendigen Tötung von einzelnen Tieren. Wie war das in der zeitlichen Abfolge? Wann ist das geschehen? Wann sind Maßnahmen ergriffen worden, direkt nachdem die Anfrage von „stern TV“ war oder nachdem das Ganze dann ...? Es ist einfach für mich die Frage. Wann reagiert man dann eigentlich?

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Damit ist die erste Runde geschlossen, und ich bitte um die Beantwortung durch die Ministerin.

**Ministerin Christina Schulze Föcking (MULNV):** Frau Steffens, ich fange direkt gerne mit Ihnen an. Ich gebe Ihnen gerne nochmal den Kenntnisstand. Auch das steht alles exakt in der Stellungnahme des Betriebes. Der Betrieb hat sehr, sehr umfangreich darauf geantwortet. Es war am 7. Juli am Nachmittag, dass „stern TV“ erstmalig von diesen Bildern gesprochen hat bzw. sich dazu äußerte. Dieser gesamte Krankheitsverlauf, wie man der Stellungnahme des Betriebes entnehmen kann, war bereits im Juni, das heißt davor. Am 01.06., wie man das direkt vorne nachlesen kann, wurden erstmalig vereinzelte Tiere mit Bissspuren registriert.

Ich lese das jetzt vor und zitiere: „In den Folgetagen wurde es stetig deutlicher, sodass die Betriebsleitung die bestandsbetreuende Tierärztin sofort und unverzüglich am Feiertag, den 05.06., Pfingstmontag, in den Bestand gerufen hat. Und noch an diesem Tag erfolgte auch die tierärztliche Behandlung in Form von Reinigen und Desinfektion der Wunden.“

Es geht damit weiter: „Von den insgesamt 940 Tieren wiesen am 09.06. die ersten vier Tiere, am 12.06. weitere Tiere Verletzungen durch Schwanzbeißen auf. Bei den auffälligen Tieren erfolgte daher in Absprache mit der Tierärztin sofort die Umstallung in separierte Krankbuchten.“ Dann geht es weiter: „Alle Tiere wurden veterinärmedizinisch versorgt, Zwangsnekrosen und Verletzungen mit Desinfektionsmitteln örtlich behandelt und/oder intramuskulär Antibiotika oder ein Schmerzmittel verabreicht.“

Es geht weiter: „In einem Fall riet die Tierärztin am 09.06. zu einer Nottötung, falls binnen 24 Stunden keine Besserung des Zustandes eintreten würde. Diese Nottötung erfolgte am 10.06. fachgerecht.“

Es ist also exakt in dieser Stellungnahme bis ins Detail geäußert, wie wann welcher Ablauf war. Von daher möchte ich Sie bitten, die Stellungnahme des Betriebes einfach nochmal zur Kenntnis zu nehmen.

Die Frage: Wie geht es weiter? Die Strategien liegen vor, und zwar Grundsatzkonzepte brauchen nicht neu erarbeitet zu werden, weil es vielmehr um die Frage der operativen Umsetzung geht. Und wie macht man das auch gemeinsam mit den Verbänden, mit denjenigen, um die es auch geht? An den Signalen, die man auch von den Landwirten und Tierhaltern bekommt, sieht man, dass in den vergangenen Studien alle immer sehr mit hohem Interesse daran mitgearbeitet haben, weil alle an einer Lösung dieses Krankheitsverlaufs, der unvorhergesehen und plötzlich auftritt, stark interessiert sind.

Bei uns stellt sich dann die Frage: Welche Maßnahmen wollen wir jetzt politisch auch weiter angehen? Da sind wir auch dran. Ich hatte schon gesagt, es sind Verbandsgespräche, und zwar durchweg mit allen Verbänden, geführt worden, die auch Anfragen stellen – das immer herzlich gerne. Eine Grundlage wird sein: Das BML hat den Ländern auf Staatssekretärebene am 16.08. das Konzeptpapier „Nutztierhaltungsstrategie – zukünftige Tierhaltung in Deutschland“ zur Abstimmung vorgelegt. Dieses Strategiepapier beruht maßgeblich auf dem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim BML „Wege zu einer gesellschaftlichen Nutztierhaltung“. Da sind schon einige Punkte drin, und wir werden schauen müssen: Wie können wir kurzfristig, mittel- und langfristig Dinge verändern, um da auch voranzukommen?

Ich würde auf jeden Fall noch einmal sagen wollen: Es stört mich schon sehr, dass die Unabhängigkeit des Hauses so infrage gestellt wird. Die Kolleginnen und Kollegen im Haus, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben eine unglaublich hohe Fachkompetenz und fühlen sich alle dem Land Nordrhein-Westfalen verbunden. Dementsprechend machen sie auch ihre Arbeit, und dementsprechend möchte ich das hier nochmal sehr, sehr deutlich betonen. Mir geht es nicht darum, dieses Haus politisch zu führen, sondern mir geht es darum, dieses Haus fachlich zu führen. Deshalb werden wir auch ganz normal auch diese Studie weitermachen, weil wir in diesem Fall, was die Schwanzbeißproblematik angeht, endlich wissenschaftlich fundierte Ergebnisse brauchen. Alles andere wäre Augenwischerei und würde einen ganzen Berufsstand Tierhalter in diese Bilder schicken, und genau das möchte ich nicht.

Ich darf jetzt Herrn Professor Jaeger darum bitten, dass er nochmal ergänzt, was die Kontrollen von Veterinärämtern und Ähnliches angeht.

**MR Prof. Dr. Friedhelm Jaeger (MULNV):** Vielleicht darf ich hierzu vorab auf Seite 4 des Berichts verweisen, wo das erläutert wird. Die Veterinärkontrollen sind ganz streng nach EU-Recht geregelt, und die Kontrollen sehen immer eine Risikoanalyse vor. Das ist so transparent, dass die EU auch regelmäßig in den Mitgliedstaaten Audits macht, ob sich die Behörden an die EU-Vorschriften halten. Wir hatten gerade im Juni ein Tierschutz-Audit von der EU bekommen – gerade im Juni noch. Wenn die

EU-Kommission nicht zufrieden ist, gibt es harte Sanktionen bis sogar zu Anlauf-Zahlungen. Darin sehen Sie also volle Transparenz und vor allen Dingen auch eine Offenlegung.

Zur Risikoanalyse: In die Risikoanalyse fließen viele Faktoren ein wie Betriebsstruktur, Betriebsgröße, Zukauf, Verkauf, aber in letzter Zeit auch – und das ist auch ein Kriterium – die Tatsache, dass eben vermehrt generell Filmaufnahmen aus Ställen gezeigt wurden, dass in Ställe eingebrochen worden ist. Und das ist auch Teil der Risikoanalyse, was erklärt, dass dann mit einem Mal auch häufiger kontrolliert wird. Insofern ist es völlig normal und üblich und auch in der EU so gewollt, dass Kontrollen eben nicht nach einem festen Turnus erfolgen, sondern eben nach einer Risikoanalyse auch in verschiedenen Intervallen mal mehr, mal weniger.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Vielen Dank. – Wir gehen jetzt in die dritte Runde. – Herr Dahm.

**Christian Dahm (SPD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Frau Ministerin, ich habe eben intensiv Ihren Ausführungen gelauscht. Ich habe dann noch einmal in Ihrem Bericht der Landesregierung nachgesehen. Da finde ich das, was Sie hier gerade vorgetragen haben. Sie zitieren aus einer Stellungnahme Ihres Betriebes. Sie zitieren aus einer Stellungnahme Ihres Mannes. Sie zitieren aus einem Bericht – wahrscheinlich ist das Ihr Bericht, ich weiß es nicht – eines Betriebes, gegen den derzeit Ermittlungsverfahren laufen.

Wir kennen nicht den Ermittlungsstand. Im Übrigen habe ich danach gefragt, wie der Ermittlungsstand ist und gegen wen sich das Ermittlungsverfahren richtet. Sie beziehen sich in dem Bericht ausschließlich auf die Pressemeldungen. Das hätte ich schon gerne etwas dezidiert dargestellt: Gegen wen laufen hier tierschutzrechtliche Ermittlungen und Ermittlungsverfahren? Wenn Sie das hier so dezidiert darstellen, hätten Sie das auch in Ihrem Bericht darstellen können. Als Abgeordneter lese ich Landtagsdrucksachen, die mir die Landesregierung zur Verfügung stellt, und nicht Betriebsbücher von entsprechenden Unternehmen.

Ich will mal ganz deutlich sagen, worum es hier eigentlich geht: Es geht hier um die politische Verantwortlichkeit, die Sie haben. Es geht im Wesentlichen um Ihre Unabhängigkeit oder Abhängigkeit, und es geht um Ihre mögliche Befangenheit, die Sie eben im Übrigen noch nicht ausgeräumt haben, und die Glaubwürdigkeit. Die Fachkompetenz Ihres Hauses stellt hier niemand in Zweifel. Das ist auch, glaube ich, sehr deutlich dargestellt worden, auch von meinen Vorrednern. Sie können ruhig dazwischenreden, Herr Hovenjürgen. Sparen Sie sich das auf für den CDU-Kreisparteitag im Kreis Steinfurt! Da kriegen Sie auch den nötigen Applaus, aber nicht hier im Plenum. Das muss ich mal ganz deutlich sagen.

Die Fachkompetenz des Hauses wird überhaupt nicht in Zweifel gestellt – das will ich nochmal ganz deutlich sagen. Das ist auch anerkannt. Aber Sie haben eben selbst deutlich dargestellt, Frau Ministerin, dass Sie Ihr Haus gebeten haben, Ihre nachgeordneten Mitarbeiter, für die Sie eine Verantwortung haben, über die Sie eine Fach-

aufsicht haben, gebeten haben, in Ihrem Betrieb, bei Ihnen zu Hause letztendlich das Ganze zu überprüfen, LANUV oder der Kreis Steinfurt und alles, was daran hängt. Das ist schon die Frage der Befangenheit und Unabhängigkeit. Das konnte man heute Morgen auch lesen: Im Ministerium stellt sich Frau Ministerin! Ja, das erwarte ich dann auch.

Sie haben eine Frage zur Betriebsführung, zur Unabhängigkeit eben nicht beantwortet, Frau Ministerin, nämlich Ihre Stellung im Betrieb. Sie haben gesagt, Sie haben sich sukzessiv zurückgezogen, haben aber nicht gesagt, in welcher Form. Sie haben auch noch nicht die Frage beantwortet, ob Sie nach wie vor Einkommen beziehen aus oder über den Betrieb, ob Sie an einer Gewinnausschüttung beteiligt sind. Da wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie dazu noch etwas sagen würden.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Der Nächste ist Herr Rüße.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Ich habe eine fachliche Frage, die ich auch gerne direkt an Herrn Professor Jaeger stellen würde. Sie haben eben gesagt, Schwanzbeißen sei ein immer wieder auftretendes Phänomen. Jetzt lese ich aber in Ihrem Bericht, dass es Untersuchungen gibt, dass ein Viertel bis 58 % betroffen sind. Mich würde einfach mal grundsätzlich interessieren: Wenn es ein selten auftretendes, plötzlich auftretendes Ereignis wäre, dann würde ich erwarten: 5 % sind betroffen. Wenn ich aber lese, fast die Hälfte ist laut so einer Untersuchung schon mal betroffen: Wie oft müssen Betriebe damit rechnen, dass das auftritt? Tritt das regelmäßig auf? Das hätte ich gerne gewusst.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Vielen Dank. – Herr Hovenjürgen!

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Frau Vorsitzende, herzlichen Dank! Herr Dahm nochmal: Bei allem Respekt davor, dass man sich die Sachlage vielleicht schwerer erschließen kann. Ihre berufliche Fachlichkeit hat der Kollege Brockes hier schon mal erwähnt. Sie haben die Ausführungen der Ministerin gehört. Sie haben Ihre Rückzugssituation aus dem Betrieb gehört aufgrund der Belastungen, der beruflichen Belastungen innerhalb des Mandates, das sie wahrnimmt, und der Aufgaben innerhalb der Partei, die sie hatte. Das hat sie beschrieben.

Sie erklären aber trotzdem Zweifel. Sie bezweifeln die Unabhängigkeit der Behörden im Kreise Steinfurt. All das ziehen Sie infrage. Damit müssen Sie in rechtlicher Fachlichkeit eigentlich bewandert sein und sich fragen lassen, was denn am Ende dann noch an Glaubwürdigkeit bleiben soll, wenn alle Behörden infrage stehen und Frau Ministerin an allen Strippen gezogen haben könnte, so wie Sie es andeuten wollen. Doch, Sie deuten das ja an, genau das tun Sie. Damit untergraben Sie die Glaubwürdigkeit der Institutionen, die bei uns Recht umsetzen. Dann sollten Sie sich mal fragen lassen, ob das der richtige Weg ist, den wir gemeinsam beschreiten.

Ich sage es noch einmal: Offensichtlich mussten die Tierretter dreimal in den Betrieb einsteigen, um passende Bilder zu bekommen – einmal reichte offensichtlich nicht. Damit ist übrigens die Frage nach der Regelmäßigkeit solcher Problematik vielleicht auch schon mal beantwortet.

Die andere Geschichte ist doch die, dass man am Ende auch nicht weiß: Was ist mit diesen Bildern wirklich geschehen? Ich weiß es nicht, ich traue denjenigen, die eingebrochen sind, eine Menge zu, weil man ein Ziel verfolgt, weil auch die Tierrettung – wenn man sich das mal anschaut –, wie dieses ganze Konstrukt der betroffenen Verbände, um es mal so zu formulieren, zusammenarbeitet. Ich sehe, wie man sich gegenseitig Gutachten schreibt, wie man durch frühere Bundestagsabgeordnete oder -kandidaten Stellungnahmen abgeben lässt, die eine Situation eines Betriebes anhand von Fotos bewerten. Dann kann ich nur sagen: Dann verlassen wir ein Stückchen die fachliche Diskussion. Da geht es nur noch um Emotionalisierung, und dann geht es darum, einer Person Schaden zuzufügen. Sie geben ganz deutlich zu erkennen, dass das Ihre Absicht ist. Schade, ich hätte mir eine fachliche Auseinandersetzung gewünscht.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Dann schließe ich diese Runde. – Ja, Herr Blex noch.

**Dr. Christian Blex (AfD):** Sie haben mir ein bisschen die Worte aus dem Mund genommen. Es geht hier offensichtlich überhaupt nicht um die Sache. Es geht darum, dass Sie versuchen, krampfhaft ein Wahlkampfthema nochmal zu finden. Das kann ich aus Ihrer Sicht ja verstehen. Aber ich finde den ganzen Ablauf hier, wir sind neue hier – gelinde gesagt –, beschämend. Dass Sie das Ganze hier auf die persönliche Ebene herunterbrechen, ist schon im höchsten Maße verstörend. An die SPD: Ich weiß nicht, ob das für Sie sinnvoll ist. Sie würden jederzeit wieder mit der CDU koalieren. Vielleicht ist das auch nicht ganz klug, so persönliche Sachen hier aufzureißen.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Danke sehr. – Damit schließe ich diese Runde und bitte die Ministerin um die Antwort.

**Ministerin Christina Schulze Föcking (MULNV):** Herr Dahm! Wie ich eben schon einmal genau vorgetragen habe: Es ist keinerlei Beteiligung an dem Betrieb. Daher bekomme ich aus den Wirtschaftsjahren auch keine Gewinnausschüttung. Vertraglich bin ich dementsprechend raus, 2012, 2015 – auch das habe ich eben schon alles genannt. Die Staatsanwaltschaft hat dieses auch festgestellt. Sie haben aufgrund dieser Verträge, die ihnen vorliegen, das auch festgestellt und deshalb die Vorprüfung wegen fehlenden Anfangsverdachts mir gegenüber schon eingestellt.

Vielleicht, Herr Hülsenbusch, möchten Sie nochmal rechtlich den Bereich weitermachen.

**LMR Michael Hülsenbusch (MUKLNV):** Herr Dahm, Sie haben gesagt, wir hätten längst nicht alle Fragen beantwortet, die in der Anfrage von Herrn Stinka aufgeführt seien, und haben als prominenten Fall genannt, wie der Stand des Ermittlungsverfahrens bei der Staatsanwaltschaft ist, gegen wie viele Personen ermittelt wird. Da muss ich leider sagen, dass wir zurzeit an diese Informationen nicht herankommen. Die Staatsanwaltschaft ist in ihrer Prüfung unabhängig. Es ist nicht nur ungewöhnlich, sondern würde auch als ungehörig und unzulässig angesehen, wenn man eine Anfrage über das Justizministerium an die Staatsanwaltschaft stellt, wie der Stand der Ermittlungen ist. Deswegen mussten wir davon absehen und haben in dem Bericht lediglich das aufgenommen, was die Staatsanwaltschaft in ihrer Presseerklärung zu den Ermittlungen, die nicht gegen Frau Schulze Föcking aufgenommen wurden, mitgeteilt hat.

Im Übrigen kann ich nicht erkennen, dass noch Fragen unbeantwortet sind. Wir haben uns sehr viel Mühe gegeben, jeden Ihrer Punkte in dem Bericht der Landesregierung zu betrachten, und sind sogar nochmal der Frage nachgegangen, wie es dazu gekommen ist, wann der Kontrolltermin vereinbart worden ist, weil wir Ihnen diese Sachen auch nicht vorenthalten wollten. Der Kreis Steinfurt hat sogar nochmal Telefonaufzeichnungen bemüht. All diese Dinge haben wir versucht zu beantworten. Wenn Sie noch etwas haben, was hier unbeantwortet ist, wären wir dankbar, wenn Sie uns das nochmal ganz konkret mitteilen.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Vielen Dank. – Ich habe jetzt noch drei Wortmeldungen hier für die letzte Runde. Ich würde dann auch gerne, wenn nicht weitere Wortmeldungen kommen, schließen. – Zunächst Frau Watermann-Krass.

**Annette Watermann-Krass (SPD):** Zunächst einmal: Natürlich müssen wir unterscheiden. Das eine ist kriminell, da steigen Leute in den Stall ein. Ich glaube, da sind auch alle Bauern, Kinder und auch Leute, die in dem Bereich unterwegs sind, solidarisch. Aber was mich betroffen macht, sind die Bilder. Da bin ich auch nochmal bei dieser Rolle, bei der Vermischung, der Unabhängigkeit. Ich habe Landwirte bei mir im Kreis Warendorf, die sagen: Das ist nicht so einfach, dass wir eine Ministerin haben, die genau in dem Bereich selber wirtschaftlich tätig ist mit ihrem Familienbetrieb, und jetzt diese Probleme zu erkennen sind.

Deswegen auch nochmal die Frage an Herrn Professor Dr. Jaeger: In diesem Bericht, den wir schon mehrfach im Ausschuss hatten, wird auch nochmal darauf abgezielt, dass es halt ja nicht nur das Schwänzebeißen ist, es sind auch die inneren Organe, die angegriffen sind, wie zum Beispiel die Lunge, der Darm, die hohe Antibiotikagabe, die auch dazu beitragen, dass an dieser Stelle insgesamt die Tiergesundheit zu verbessern ist.

Ich war einigermaßen erstaunt über die einzelnen Punkte von der Hygiene bis zur Tiergesundheit. Wenn ich mir das hier Punkt für Punkt durchlese, dann habe ich den Eindruck, dass da jetzt gesagt wird: Eigentlich ist das alles richtig. Wir reden hier von einem Krankheitsfall. Aber ich hätte schon gerne die Antwort: Wenn das das System

unserer industriellen Schweinehaltung ist und 90 % unserer Schweine in Deutschland werden mittlerweile industriell erzeugt, wenn das die Art ist und wir billigend in Kauf nehmen, dass solche Krankheitsfälle mit solchen Bildern vorkommen, dann hätte ich auch die Frage: Wie hoch sind denn diese Vorkommen? Und muss man denn nicht in aller Form daran arbeiten, dass wir diese Dinge ändern?

Ich war positiv überrascht, in ARTE mal einen solch informativen Film zu sehen, wo viele gute Beispiele genannt werden. Deswegen, Frau Ministerin, das, was ich eben auch gefragt habe, und auch vielleicht die Aufforderung: Bleiben Sie dran, werden Sie nicht Lobbyistin Ihrer Landwirte, sondern bleiben Sie dran – wir haben uns in Nordrhein-Westfalen gerade in den letzten fünf Jahren immer wieder diesem Thema gestellt –, dass wir wirklich etwas daran verändern, ob es die Antibiotikagabe ist, ob es die Haltungsform ist!

Natürlich kenne ich den Bericht des Wissenschaftlichen Beirats. Das ist ja die Planung für die nächsten zwanzig Jahre. Unseren Landwirten sage ich: Wer heute noch in Warmställe baut, der weiß nicht, wohin diese Wegweisung aus diesem Bericht geht. Deswegen die Aufforderung an Sie auch nochmal: Nehmen Sie das ernst und versuchen Sie, da heranzukommen!

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Herr Stinka!

**André Stinka (SPD):** Ich will noch einmal ausführen: Es ist ja gerade schon angesprochen worden, worauf es denn eigentlich ankommt. Deswegen will ich auch nochmal meine Frage wiederholen. Wir haben doch in der Öffentlichkeit die Situation, dass Frau Schulze Föcking am 30. Juni ihre Anteile abgibt, am 1. Juli die Geschäftsleitung dann bei ihrem Mann liegt und am 3. Juli der Kreisveterinär anruft. Für die Öffentlichkeit ist doch wichtig, damit nämlich der Eindruck nicht entsteht, dass das Ministerium Kreisveterinäre bestellt. Die Kriterien für die Regelkontrolle – das ist auch mein Ansinnen – sind ja, wie Sie ausgeführt haben, auch auf Menschen oder auf Amtsträger ausgeweitet worden, die im öffentlichen Leben stehen. Frau Schulze Föcking stand aber schon vor ihrer Ernennung im öffentlichen Leben als stellvertretende Fraktionsvorsitzende etc.

Deswegen hätte ich gerne gewusst: Wie kam denn diese Entscheidung zustande? Ist das dokumentiert worden? Wenn ich mich dann darauf beziehe, dass Sie in Ihrem Bericht schreiben, es gibt ja ein Telefonjournal über den angekündigten Besuch auf dem Hof Schulze Föcking seitens der Kreisverwaltung. Dann fragen wir natürlich nach: Gibt es nur den Nummernnachweis oder gibt es darüber auch einen Vermerk? Weil es darum geht, die Ministerin auch zu entlasten, weil es nämlich nicht sein kann, dass der Eindruck entsteht, dass ein bestelltes Gutachten organisiert wird. Die SPD hat ein großes Interesse wie wir alle daran, dass eben dieser Zusammenhang nicht hergestellt werden muss.

Wenn dann dieses Telefonjournal in Ihren Ausführungen – ich beziehe mich eindeutig auf den Bericht – dargestellt wird, und der Chef der Kreisverwaltung, der Landrat, sagt: Nein, es gibt keine Dokumentation darüber. Dann billigen Sie der Opposition si-

cherlich zu, dass wir hier nachhaken müssen. Es geht darum, dass die Unabhängigkeit der Ministerin gegenüber dem Kreis deutlich herausgearbeitet werden muss. Deswegen bitte ich auch nochmal um Beantwortung der Frage: Wie kommen Sie zum Untersuchungskriterium, nachdem drei Jahre niemand auf dem Hof war?

**Thorsten Schick (CDU):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Herr Stinka, dass Sie als ehemaliger Generalsekretär der SPD händeringend nach Argumenten suchen, die die Ministerin belasten, entschuldigen Sie, dass ich dafür nur ein müdes Lächeln übrig habe. Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall.

(Zurufe)

Ich habe das Gefühl, dass Sie das Amt und auch die Person im Augenblick eher auf ganz andere Art und Weise belasten wollen und deswegen hier Dinge nicht zur Kenntnis nehmen, die vorgetragen worden sind. Für mich ergibt sich der Eindruck, dass hier ein Drehbuch abgearbeitet wird.

Und wenn man sich auf der Seite der Grünen-Landtagsfraktion einmal etwas umschaut, dann sieht man auch die Chronologie des Skandals. Da steht dann unter dem 3. Juli, wo es zum entsprechenden Gespräch zwischen dem Kreisveterinäramt und dem Betrieb kam: „angebliche Vorwarnung“ des Veterinärs an den Hof Schulze Föcking über die baldige Untersuchung des Betriebes. Man muss sich das sprachlich einmal auf der Zunge zergehen lassen: „angebliche Vorwarnung“! Wir haben es hier – wie ich gerade schon sagte – mit einem Drehbuch zu tun, in dem sprachlich auch schon ganz klar die Stoßrichtung dargelegt wird. Das, was Sie damit verursachen, ist doch, dass Sie versuchen, Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen zu wecken.

Ich glaube, gerade in einer Zeit, wo wir stolz darauf sein sollten, dass wir ein funktionierendes Staatswesen haben, auf diese Art und Weise staatliche Institutionen so in Misskredit zu bringen, wird der Sache nicht gerecht. Ich hätte mir deswegen an der Stelle auch gewünscht, dass Herr Dahm und Herr Stinka das, was uns verbindet – was Frau Watermann-Krass ja gemacht hat –, auch noch einmal das Einsteigen, das Einbrechen in Ställe entsprechend benennen. Sie haben es ja bis jetzt nicht getan. Sie haben sich immer wieder gemeldet, aber Sie haben kein einziges Mal dazu Stellung bezogen.

Und wenn Sie hier auf der einen Seite staatlichen Institutionen unterstellen, dass sie nicht nach Recht und Gesetz und sauber arbeiten, dann hätte ich mir zumindest gewünscht, dass Sie das Verhalten auch entsprechend kritisieren. Stattdessen werfen Sie andere Stöckchen hoch – wir hatten vorhin gehört: Übergabe der 50.000 Unterschriften, die nie zustande gekommen sind. Darüber kann man sich auch nochmal gesondert unterhalten.

Wenn man sich anschaut, welche Sicherungsmaßnahmen vorhanden sind, dass Doppelzählungen stattfinden usw. Das ist gar nicht mein Thema. Mein Thema ist, dass Adressat der Ministerpräsident war. Sie ziehen dieses Thema hoch, nur um weitere Baustellen aufzuzählen und die Chronologie des Skandals, so wie sie auf der

Grünen-Landtagsseite beschrieben ist, hier in den Vordergrund zu stellen, anstatt sachlich auf die Argumente einzugehen, die in den entsprechenden Berichten vorliegen. Dass Sie mehrere Fragen wiederholt gestellt haben, obwohl sie längst beantwortet sind, zeigt ja, dass es Ihnen nicht um die Sache geht.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Vielen Dank. – Dann schließe ich jetzt die Runde 4 und bitte die Ministerin um eine Antwort.

**LMR Michael Hülsenbusch (MULNV):** Die Frage zur Überprüfung durch den Kreis Steinfurt, wie es dazu gekommen ist, wie die zeitlichen Abläufe waren, ist, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, vielleicht ganz spannend, ist aber für die Bewertung, um die es hier geht, gar nicht entscheidend. Denn letztlich gilt es ja, das zu bewerten, was es mit den Bildern, die die Tierschutzaktivisten in den Stallungen gefertigt haben, auf sich hat. Das hat mit der Überprüfung durch den Kreis Steinfurt, etwa einen Monat später, überhaupt nichts zu tun.

Ich denke, es wäre wichtig, den Fokus auf die fachliche Bewertung dieser Bilder, die Genese solcher Zustände in den Stallungen und sonstige Sachen zu richten, um zu einer Bewertung dazu zu kommen, ob es in dem Betrieb ordnungsgemäß zugeht oder ob es sich tatsächlich um skandalöse Zustände handelt. Dazu und nur dazu, hat Herr Prof. Jaeger ausführlich Stellung bezogen. Wir haben keinerlei Einfluss auf den Kreis genommen, eine Überprüfung zu machen.

Die Ausführungen in dem Bericht der Landesregierung, warum der Kreis in diesem Zeitraum eine Überprüfung gemacht hat, lautet auf der Seite 4 unten, dass erfahrungsgemäß Tierschutzaktivisten in Ställe von Landwirtschaftsfunktionären einbrechen, um diese unter Druck zu setzen. Es hat ja vor Monaten schon einmal eine solche Aktivität gegeben. In diesen Zusammenhängen wird regelmäßig die zuständige Veterinärbehörde gefragt, wie es denn in den Ställen aussieht. Das ist auch einer der Anlässe dafür gewesen, dass der Kreis Steinfurt bei der dann neuen Ministerin Schulze Föcking eine solche Überprüfung durchgeführt hat. Das muss man sagen, das ist nicht ehrenrührig. Ich finde, das ist auch nach drei Jahren der letzten Überprüfung auch nicht unnötig.

**MR Prof. Dr. Friedhelm Jaeger (MULNV):** Ich darf ergänzen zu der Häufigkeit: In Nordrhein-Westfalen wird besonders viel kontrolliert. Die Berichte über die Kontrolleergebnisse werden regelmäßig der EU-Kommission übermittelt. Sie sind damit auch öffentlich zugänglich, und die Kontrollrate liegt deutlich oberhalb des EU-Niveaus bei bis zu 10 %.

Gestatten Sie mir, kurz noch auf die fachlichen Dinge einzugehen, die jetzt wiederholt gefragt wurden, auch von Frau Watermann-Krass und auch von Herrn Rüsse. Es ist richtig, wenn Sie zitieren aus dem März-Bericht, dass natürlich bei dem Stoffwechselgeschehen auch die inneren Organe mit betroffen sind. Aber es wäre falsch, davon auszugehen, dass die Tiere möglicherweise krank sind. Das sind Stoffwechselprozesse auf feinsten Ebene, und alle Tiere werden am Schlachthof kontrolliert auf

Gesundheit. Auch das ist ja ein Kontrollinstrument, und kommt zu dem, was man vom Hof kontrolliert, noch hinzu. Es darf nicht zu dem Fehlschluss führen, dass die Tiere dadurch etwa krank seien.

Herr Rüsse, es mag vielleicht eine gewisse Sprachverwirrung sein, aber ich möchte Sie aufklären. Wir sollten sehr wohl unterscheiden, ob wir über Schwanzbeißen sprechen – wie in diesem Fall – oder ob wir über Schwanzverletzungen, Schwanzentzündungen sprechen. Wie wichtig das ist, dass wir unterscheiden: Natürlich sind Schwanzentzündungen viel häufiger als das Schwanzbeißen. Das Schwein stößt mit dem Schwanz irgendwo an beim Transport, im Stall wie auch immer.

Wie wichtig das ist, mag daran erkannt werden, wenn Sie die Zahlen aus dem Öko-Bio-Bereich nehmen, da sind die Zahlen für die Schwanzentzündungen, also für die Läsionen, im Bereich von 11 % bis 20 %. Ich würde niemals sagen, dass im Öko-Bereich Schwanzbeißen so häufig vorkäme. Daran mögen Sie sehen, wie wichtig es ist, hier zu unterscheiden, worüber ich rede. Wir reden hier über Schwanzbeißen, und da bleibe ich bei der Aussage, die ich vorhin offen tätigte: Schwanzbeißen ist kein Problem, das flächendeckend auftritt, es tritt sporadisch auf, und wenn es auftritt, muss es eben schnell behandelt werden.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Vielen Dank für die Ausführungen. – Frau Ministerin.

**Ministerin Christina Schulze Föcking (MULNV):** Nochmal deutlich zur Klarstellung: Frau Watermann-Krass, ich bin der Auffassung, dass unsere Gesellschaft nach wie vor eine Nutztierhaltung in unseren Familienbetrieben in Nordrhein-Westfalen braucht. Auch bin ich der Überzeugung, dass diese Nutztierhaltung künftig noch mehr entwickelt werden kann, auch am Tierwohl in der Nachhaltigkeit, wissenschaftlich fundiert, dementsprechend auch weiterentwickelt wird. Genau dafür stehe ich ein, dieses Ziel auch zu erreichen, dass wir da weiterkommen.

Tierwohl und Nutztierhaltung sind für mich keine Widersprüche. Jeder Tierhalter hat schon aus wirtschaftlichen Gründen ein großes Eigeninteresse daran, dass es seinen Tieren gut geht, weil kranke Tiere sich nicht entwickeln und auch nicht die Leistung bringen. Deshalb haben die Landwirte ja schon selber ein großes Interesse daran, da weiterzukommen. Sie machen auch an diesen Studien mit, damit man dem Problem wirklich auf den Grund gehen kann.

Sie wollen ein klares Bekenntnis. Das haben Sie sogar schon sehr, sehr früh bekommen. Denn die Regierungsparteien haben im Koalitionsvertrag ausdrücklich aufgenommen – ich zitiere:

„Wir wollen ein am Tierwohl orientierte Haltung von Nutztieren, die sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichtet und im Dialog mit den Landwirten und den Tierhaltern stattfindet. Wir wollen einen konstruktiven Dialog mit den Tierschutzverbänden und auf deren Expertise bei der Weiterentwicklung einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung nicht verzichten.“

Das ist ein klares Bekenntnis. Ich habe auch hier schon in den ersten Wochen meiner Amtszeit einige Gespräche dazu geführt. Frau Watermann-Krass, ich sage es sehr deutlich: Ich würde mich wirklich freuen – das geht an alle Kolleginnen und Kollegen hier im Raum –, wenn wir zum Konsens vom März zurückkehren. Im März hatten wir in diesem Sitzungsraum einen großen Konsens darüber, dass wir gemeinsam weitermachen wollen und gemeinsam auch diese Studie weiterentwickeln wollen. Es wäre schön, wenn Sie zu diesen Konsens aus dem März zurückkämen und dementsprechend auch alle hier an diesem großen Tisch mitmachen, und wir schauen, dass die Studie weiterentwickelt wird und dass wir dem eigentlichen Problem mit Fakten auf den Grund gehen und Krankheitsverläufe nicht in einem falschen Licht darstellen.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Dann habe ich noch vier Wortmeldungen. Das ist die letzte Runde! – Herr Stinka, bitte.

**André Stinka (SPD):** Ich will noch einmal auf die Fragen, die sich aus dem Bericht ergeben, zu sprechen kommen. Es mag wohl gestattet sein, dass man sich auf den Bericht bezieht. Wenn der Bericht ausführt, dass Grundlagen für die Regeluntersuchung Analysen sind, die gewichtet werden müssen, dann wird wohl ein Abgeordneter des Landtags fragen dürfen: Zu welcher Gewichtung sind Sie gekommen, warum gerade zu diesem Zeitpunkt? Und wenn Sie das spannend finden, mag das sein. Es geht mir nicht um die Fachlichkeit, es geht darum, wie ich es vorhin ausgeführt habe, dass in der Öffentlichkeit eben nicht der Eindruck entstehen kann, dass innerhalb einer Woche Kontrollen, die drei Jahre lang nicht durchgeführt wurden, plötzlich durchgeführt werden. Das haben Sie noch nicht beantwortet.

Und wenn Sie in Ihrem Bericht ausführen, es gäbe ein Telefonjournal, dann habe ich gefragt: Steht darin nur eine Nummer oder gibt es eine Notiz beim Landkreis, beim Landrat des Kreises Steinfurt, wo steht: Anruf aus dem und dem Grund? So ist die übliche Vorgehensweise von Behörden, und das ist in dem Bericht nicht enthalten. Vor dem Hintergrund fragen wir: Gibt es Einzelnachweise? Und wie ist der Kontakt zustande gekommen? Sie selbst haben im Bericht doch den Hinweis darauf gegeben. Also machen wir deswegen auch die Nachfrage seitens der SPD-Fraktion. Das ist keine böswillige Unterstellung, sondern das sind Nachfragen zu offenen Fragen im Bericht, meine Damen und Herren.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Danke, ich sammle noch einmal. – Herr Blex.

**Dr. Christian Blex (AfD):** Meine Damen und Herren, während wir uns eine Stunde über das Abbeißen von Schwänzen bei Schweinen unterhalten, versuchen die Grünen gleichzeitig, die Autoindustrie, die Dieselindustrie kaputtzumachen. Was wir hier doch erleben, ist ein ganz klarer Versuch der Politisierung eines Skandals, der gar kein Skandal war. Worauf ich eigentlich hinaus möchte: Wir erleben wieder, wie Grüne-Öko-Aktivistinnen das Recht brechen, um sich populistisch aufzustellen.

(Zuruf)

– Das wird von Ihrer Fraktion natürlich unterstützt. Das ist Ihre Klientel.

(Zuruf)

– Es ist alles okay, es ist Ihre Klientel. Wir erleben wieder eines, wie wir das auch beim Dieselskandal erleben, dass bei dem Eindringen auf das RWE-Gelände von militanten Öko-Aktivisten hier Recht gebrochen wird. Es ist hier nochmal deutlich geworden, wie Ihre Klientel agiert. Vor dem Hintergrund würde ich mir einfach auch wünschen – auch an die Regierungsparteien, Regierungsfractionen hier gerichtet –, dass man auch erkennt, dass es nicht nur in diesem Bereich so ist. Das sieht man beim Diesel, man sieht es bei dem Windkraftfanatismus, der da vorangebracht wird. Der Rechtsbruch ging da von der schwarz-roten Regierung aus, aber wir sind ja jetzt bei Öko-Aktivisten, die illegal handeln.

Ich wünsche mir einfach, dass wir in Zukunft wieder den Schwerpunkt darauf legen, die illegalen Handlungen als solche zu bezeichnen und nicht über jedes Öko-grüne Stöckchen zu springen.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Danke sehr. – Herr Deppe bitte.

**Rainer Deppe (CDU):** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Herr Dahm eben begonnen und gesagt: Mastskandal bei Ihnen zu Hause. Damit hat er seine Wortmeldung begonnen. Dann haben Sie angekündigt, hier käme jetzt ein Feuerwerk von Dingen, die hier verschwiegen worden wären. Nichts ist gekommen. Herr Stinka will wissen, ob im Telefonprotokoll steht, wann wer wen aus welchem Grund bei einer Kreisverwaltung angerufen hat. Das ist das Einzige, was hier übrig geblieben ist. Das ist der Skandal, Herr Dahm, den Sie versucht haben, hier aufzumachen. – Nichts, gar nichts.

Das lässt uns viel erwarten. Das war jetzt Ihr Start in diesem Ausschuss, also Fachlichkeit gleich null und sonst skandalisieren. Dass Sie dann noch nicht einmal die Zuständigkeiten von Staatsanwaltschaft und Ministerien kennen. Sie versuchen mit Ihren Fragen, das Ministerium in eine Falle zu schicken, dass wir bei der Staatsanwaltschaft fragen: Wie ist denn der Stand? Das hätten Sie dann auch wieder skandalisiert. Wie kann man so etwas machen? Sie haben sich heute hier restlos fachlich disqualifiziert.

Die Ministerin persönlich und vor allem die Mitarbeiter aus dem Ministerium haben umfassend Auskunft gegeben, haben dargestellt, dass hier vom Thema „Skandal“ überhaupt keine Rede sein kann. Dann hat Frau Watermann-Krass, weil sie offenbar keinen Ausweg mehr wusste, gesagt: Das ist wahrscheinlich ein generelles Problem. Auch da haben wir hier klare Aussagen bekommen – die haben wir übrigens schon im Frühjahr bekommen.

Dann darf ich auch nochmal Herrn Remmel zitieren, der gesagt hat: Auch bei Öko-Betrieben gibt es diese Vorfälle. Wir könnten auch nochmal andere Dinge von Öko-Betrieben ansprechen, wo Öko-Betriebe schlechter abschneiden als andere Betriebe. Aber darum geht es hier gar nicht.

Ich hätte von Ihnen erwartet, dass es nicht nur Lippenbekenntnisse gibt – das muss ich jetzt auch mal Richtung Herrn Rüße sagen – zu dem Thema „Stalleinbrüche“. Sie sagen: Der eine sagt, ich habe mit dem einen nichts zu tun, der andere sagt, ich habe mit dem anderen nichts zu tun. Sie hätten hier mal klar sagen können, auch die Kollegen der SPD: Stalleinbrüche kommen nicht infrage, dagegen muss man vorgehen.

Herr Rüße, Sie sagen: Ja, ich tue mich da so ein bisschen schwer, das ist nicht so ganz korrekt, aber die Bilder sind ja nun mal da.

(Zuruf)

– Ja, das steht im Wortprotokoll. Wissen Sie, was auch im Protokoll steht, dass ich nämlich jetzt zitiere aus dem Beitrag, den die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen NRW auf ihrer Facebook-Seite, Datum 25. Juli, positioniert hat. Wo hier steht: „Offenbar waren diese Tiere über längere Zeit unbehandelt.“ Dann werden die Dinge gebracht, wo genau Tiere abgebildet sind, die behandelt sind, denn sonst hätten sie kein Blauspray aufgetragen, um das zu erkennen. So wird hier manipuliert. Hier im Saal sagen Sie: Ja, mit den Einbrüchen – das ist nichts. Aber Sie positionieren hier über Facebook an Tausende von Leuten genau diese Falschmeldung. Das war alles von Anfang an eine Kampagne.

Die Einbrecher mussten mehrfach einbrechen, um überhaupt etwas zu finden. Und dass es weitergeht, haben wir in dieser Woche wieder erlebt, wo es jetzt um den Kreislandwirt, dem Kreis Minden-Lübbecke, geht. Systematisch sind diese Leute unterwegs, um Menschen, die ihren Beruf korrekt ausüben, zu diskreditieren, Material zu sammeln, und Sie kochen Ihr Süppchen daraus. Das ist heute nicht aufgegangen, das ist auch gut so. Ich hoffe, das ist Ihnen eine Lehre. Wir sollten jetzt Fachlichkeit betreiben und uns um die tatsächlichen Probleme des Landes kümmern und nicht um Scheinprobleme, die von langer Hand inszeniert worden sind.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Die letzte Wortmeldung auf der Liste ist Herr Diekhoff, bitte.

**Markus Diekhoff (FDP):** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Das ist ja wunderbar, wenn ich das letzte Wort habe. Dann kann ich Ihnen ja nochmal meinen Eindruck der heutigen Sitzung schildern. Ich möchte das einfach nur mal kurz loswerden. Ich glaube, es tut nicht gut, wenn wir uns angucken, was hier heute passiert ist. Das tut nicht gut, wenn man sieht, dass die Grünen hier fachlich und sachlich alle Grenzen gerade verschoben haben. Sie waren sieben Jahre lang hier beteiligt. Wir haben uns vor wenigen Monaten angehört, wo die Probleme beim Schwanzbeißen sind, und jetzt sagen Sie in der ersten Ausschusssitzung der neuen Legislaturperiode: Das kann alles so nicht sein.

Gestern sind Pressemitteilungen herausgegangen, in denen steht neben den üblichen Anschuldigungen und den Diskreditierungen des Ministeriums: Wie schlecht

sind unsere Handlungsbedingungen, wenn es zu solchen Bildern kommt? Genauso gut oder schlecht, wie Rot-Grün sie nach sieben Jahren geschaltet hat. Da kann man doch nicht am allerersten Tag ankommen und sagen: Es ist alles falsch.

Es tut auch nicht gut, wenn eine Partei wie die SPD, die den Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland stellt, seit Stunden hier rumbohrt und nichts Besseres zu tun hat, als die Glaubwürdigkeit unserer Behörden zu untergraben – permanent und durchgehend. Das tut nicht gut. Wenn alle so weitermachen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn dauerhaft noch mehr Populisten hier mit uns am Tisch sitzen, weil das so nicht funktioniert.

Es tut auch nicht gut – das möchte ich absichtlich sagen, Herr Stinka hat leider auf die Frage oder den Hinweis von Herrn Hovenjürgen vorhin nicht reagiert –, aber es tut auch nicht gut, wenn einer Kollegin – die Ministerin Frau Schulze Föcking ist ja nicht nur Ministerin, sondern auch Kollegin – der Schulterschluss, der eigentlich Usus ist unter Demokraten, verweigert wird, wenn man von Extremisten bedroht wird.

(Beifall)

Es wurde vorhin dargestellt, dass Sie damals den Schulterschluss hier im Parlament auch gesucht haben, um zu zeigen, dass man bedroht wird in der Haltung – es ging um die Kanalgeschichte –, und auf der anderen Seite sehe ich heute nicht diesen Schulterschluss. Er hätte zumindest kommen müssen. Das ist das Minimum. Ob wir uns als Parlamentarier und als Demokraten gegen Linksextremisten oder gegen Rechtsextremisten gegenseitig den Rücken stärken, man kann es auch bei Tier- schutz- oder Tierrechtsextremisten tun, wenn diese den Boden der Gesetze verlassen oder bedrohend werden. Ich finde, das ist ein trauriger Moment für dieses Haus. Ich würde mir wünschen, dass wir in Zukunft – wir haben es vorhin in der Obleu- terunde anders besprochen – auch anders menschlicher und fairer miteinander um- gehen.

(Beifall)

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Damit ist die letzte Runde beendet, und ich bitte um die Beantwortung.

**LMR Michael Hülsenbusch (MULNV):** Ich würde gerne etwas zum Statement von Herrn Stinka sagen. Herr Stinka, wenn Sie meine Antwort eben als Kritik an Ihrer Fragestellung empfunden haben, war das nicht meine Absicht. Ich bitte, das zu entschuldigen. Aber ich möchte an dieser Stelle deutlich machen und damit die Frage abschließend beantworten, dass es keine landesseitigen Vorgaben dazu gibt, wie Terminabsprachen irgendwie dokumentiert werden. Das ist ausschließlich interne Sache der zuständigen Kreisordnungsbehörden, das hat etwas mit kommunaler Selbstverwaltungshoheit zu tun.

Wir haben aus diesem Grunde Ihre drei Fragen dem Kreis Steinfurt zugeleitet mit der Bitte um Beantwortung und haben genau diese Antworten erhalten, die wir in den

Bericht der Landesregierung aufgenommen haben. Mehr können wir dazu nicht sagen.

Und zu dem zweiten Punkt, wie es mit der Risikoeinstufung von Betrieben aussieht, gilt das Gleiche. Es gibt kein landesweites Konzept der Risikoeinstufung. Die Einstufungskriterien sind europarechtlich geregelt, und es obliegt der Verantwortung jeder einzelnen zuständigen Kreisordnungsbehörde, diese Kriterien auszufüllen. Das heißt, darauf haben wir landesseitig keinen Einfluss. Und die Europäische Kommission – und das hat Herr Professor Jaeger eben ausgeführt – hat bei ihrer Kommissionskontrolle einen sehr kritischen Blick auf die Praxis in Nordrhein-Westfalen in diesem Punkt geworfen und hatte nichts zu beanstanden.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Danke sehr. – Jetzt haben wir noch eine Wortmeldung. – Herr Rüße, das ist die letzte Wortmeldung.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende, dass ich noch einmal das Wort habe, weil ich deutlich zurückweisen möchte, Herr Diekhoff, was Sie hier gerade von sich gegeben haben, weil ich eben nicht finde, dass einer hier in der Runde genau das, was wir vorher besprochen haben, dass wir ein vernünftiges Verhalten an den Tag legen und uns gegenüber korrekt verhalten, verlassen hätte.

Ich will auch gegenüber Herrn Deppe deutlich sagen: Sowohl Frau Watermann-Krass als auch ich haben das illegale Aufnehmen dieser Bilder kritisiert. An der Stelle habe ich Ihnen aber auch gesagt: Ich kann auf der anderen Seite auch nicht an den Bildern vorbeigehen – dann haben Sie genau den Konflikt, der einfach da ist. Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich gegenüber Frau Schulze Föcking sehr fair im Umgang bin. Das lasse ich mir von Ihnen absolut nicht vorwerfen. Das finde ich auch nicht korrekt, weil nämlich Sie an der Stelle den fairen Umgang miteinander verlassen.

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill:** Vielen Dank, Herr Rüße. Ich glaube, das war jetzt noch abschließend. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit schließe ich jetzt den Tagesordnungspunkt 2 und bedanke mich für die gute Diskussion und würde jetzt in den Tagesordnungspunkt 3 einsteigen. Wir verabschieden die Ministerin.

### 3 Belastung durch Mikrofeinstaub am Flughafen Düsseldorf

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/72

**Vorsitzende Dr. Patricia Peill** merkt an, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe mit Schreiben vom 23. August 2017 um einen entsprechenden Bericht gebeten, der als Vorlage 17/72 übersandt worden sei.

**Staatssekretär Dr. Heinrich Bottermann (MULNV)** trägt vor:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Bei einem umweltpolitisch sicherlich komplexen Thema freue ich mich, dass wir die Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen. Es geht um Ultrafeinstaub. Mit diesem Begriff Ultrafeinstaub sind ultrafeine Partikel in einer Größenordnung unter 100 nm. Bei 100 Nanometern, meine Damen und Herren, sprechen wir von 100 Milliardstel Meter, um eine Vorstellung zu bekommen. Man sieht, wie winzig diese Partikel sind.

Den ultrafeinen Partikeln werden aufgrund ihrer Größe schädliche Eigenschaften zugeschrieben. Erste wissenschaftliche Untersuchungen geben Anzeichen dafür, dass durch Ultrafeinstaub ein erhöhtes Risiko für Atemwegs-, Herz- und Kreislauferkrankungen bestehen könnte.

Die Erkenntnislage zur Ultrafeinstaubbelastung in der Außenluft und deren Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung ist jedoch zurzeit noch begrenzt. Es gibt bislang nur wenige Messungen. Vorgaben für die Durchführung von Messungen wie auch Grenzwerte zum Schutz der Bevölkerung gibt es bisher nicht.

Ultrafeine Partikel, meine Damen und Herren, entstehen bei Verbrennungsprozessen zum Beispiel im Verkehr und in der Industrie. Es gibt auch neuere Hinweise, die gegenüber den städtischen Hintergrundbelastungen eine Erhöhung der Anzahl ultrafeiner Partikel im Flughafenbereich und im Umfeld von Flughäfen zeigen. Dies sind Messungen in den USA, in Dänemark und in den Niederlanden. Das Umweltbundesamt führt aktuell ein Forschungsvorhaben durch, um den Einfluss des Großflughafens Frankfurt auf die Ultrafeinstaubbelastung mittels Modellrechnungen zu erfassen. Diese werden durch orientierende Messungen dort ergänzt.

Am Flughafen Düsseldorf wurden im Oktober 2016 von der Bürgerinitiative gegen Fluglärm mit einem mobilen Messgerät erste Messungen durchgeführt, wobei die Messgenauigkeit der mobilen Messgeräte natürlich noch nicht so ist wie bei einer zu entwickelnden amtlichen Untersuchung.

In dem Zusammenhang mit der beantragten Kapazitätserweiterung des Flughafens Düsseldorf und mit Blick auf die vorhandene Datenlage empfiehlt ein Gutachten des Instituts für Arbeitsmedizin der Universität Düsseldorf von Oktober 2016, die Belastung mit Ultrafeinstäuben in einem Einwirkungsbereich des Flughafens systematisch zu erfassen.

Das Umweltministerium hat im März 2017 ein Fachgespräch zu dieser Thematik durchgeführt. An diesem Gespräch haben das Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz des Landes, das Umweltbundesamt und weitere nationale und internationale Experten sowie auch die Bürgerinitiative „Bürger gegen Fluglärm“ teilgenommen.

In diesem Fachgespräch wurden die Erkenntnisse zur Messung ultrafeiner Partikel an Flughäfen zusammengetragen. Man kam bei diesem Fachgespräch zu dem Schluss, dass die Messergebnisse unter anderem aufgrund der Meteorologie hohen zeitlichen und räumlichen Schwankungen unterliegen. Da es bisher kein standardisiertes Messverfahren gibt, sind die bisher gewonnenen Daten schwer miteinander vergleichbar. Gleichwohl ist in allen bisherigen Messungen der Einfluss von Flughäfen auf die Ultrafeinstaubkonzentration zumindest erkennbar.

Das Umweltministerium verfolgt die Aktivitäten an anderen Flughäfen und das Projekt des Umweltbundesamtes mit großem Interesse. Unser Umweltministerium leitet die nächsten Schritte aus den Ergebnissen des Fachgesprächs ab und wird auf dieser Grundlage über Messungen des Landes am Flughafen Düsseldorf entscheiden. Unsere Landesoberbehörde, das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, arbeitet ebenfalls intensiv an diese Thematik.

**Barbara Steffens (GRÜNE)** bedankt sich für den Bericht. Es ergäben sich einige Fragen daraus. Sie wüsste gerne, wann im Ministerium das Fachgespräch ausgewertet sein solle. Das sei etwa ein halbes Jahr her. Die Auswertung eines solchen Fachgesprächs müsste trotz Wechsels der Hausspitze relativ zügig möglich sein.

Nun sei bekannt, dass es diese Belastungen gebe. Man wisse auch, dass das gesundheitsschädlich sei. Man wisse nicht, wie massiv die Gesundheitsschädigung sei. Mikrofeinstaub-Nanopartikel spielten in der Demenzforschung eine Rolle. Es gebe viele Bereiche, in denen man eine gesundheitliche Belastung nicht ausschließen könne. Wie hoch sie sei, in welchen Konzentrationen, diese Fragen könnten noch nicht abschließend beantwortet werden.

Es sei bekannt, dass die Untersuchung am Flughafen Frankfurt durchgeführt werde. Sie wüsste gerne, warum man in Nordrhein-Westfalen abwarte. An vielen Stellen werde über die Belastungen in den Innenstädten diskutiert. Bekannt seien die Diskussionen um den Individualverkehr. Hier habe man einen Emittenten, von dem man wisse, es entstehe eine hohe Anzahl von Nanopartikeln. Trotzdem werde abgewartet.

Im Umfeld vom Flughafen Düsseldorf gebe es einige Wohnbebauungen. Das sei der Nachteil eines Flughafens, der mehr innerstädtisch liege. Sie frage, ob es Messungen und Untersuchungen für die Wohngebiete im Umfeld gebe. Der Staatssekretär habe gesagt, am Flughafen gebe es das nicht. Da wüsste sie gerne, ob es Feinstaubmessungen im Umfeld in den Straßen gebe, wobei man sagen könne, dass diese Partikel zumindest zu einem gewissen Teil in den Feinstaubmessungen mit erfasst seien.

Des Weiteren interessiere sie, ob aus dem Arbeitsministerium bekannt sei, inwieweit es einen Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gebe, weil eine erhöhte Mikrofeinstaubbelastung für die Beschäftigten, gerade auf dem Rollfeld, aber auch bei denen, die in unmittelbarer Nähe seien, eine hohe Belastung darstelle. Sie frage, wie die geschützt würden.

**Dr. Christian Blex (AfD)** erwidert, Frau Steffens schüre „Öko-Hysterie“. Das sei bei den Fragen deutlich geworden. Frau Steffens vermische Fakten mit ihren Öko-Ängsten. Die Aussagen seien teilweise sehr banal. Es gebe Nanopartikel. Die menschliche Evolution habe in einer Umgebung stattgefunden, die Nanopartikel enthalte. Diese Aussage an sich sei inhaltsleer.

Feinstaub habe ganz viele Ursachen, vulkanische Ursachen zum Beispiel, geografische, geologische Ursachen. Dass sie in der Industrie anfielen, sei klar. Es sei zu fragen, wo sie in diesem Größenordnungsbereich sonst noch anfielen, und wie genau überhaupt die Messmethode sei. Seines Wissens werde Mikrofeinstaub gemessen, indem man ihn einfach wiege. Da gehe es zum Teil um ein Millionstel Milligramm. Es gehe darum, wie hoch die Belastung bei Ultrafeinstaub sei und ob es ein Anzeichen gebe. Wenn es so wäre, dass Flughafenbeschäftigte gesundheitlich beeinträchtigt wären, dann müsste man das in der Krankenstatistik wiederfinden. Er wüsste gerne, auf welcher wissenschaftlichen Basis man da Feststellungen treffe.

**Bianca Winkelmann (CDU)** möchte wissen, ob es Referenzuntersuchungen zum Beispiel im Bereich von Städten gebe. Man spreche jetzt über die Problematik an den Flughäfen. Da wüsste sie gerne, ob es in den Städten auch Referenzmessungen gebe.

**StS Dr. Heinrich Bottermann (MULNV)** bedankt sich für die Fragen. Die Untersuchungen gäben für die gesundheitlichen Auswirkungen derzeit erste Hinweise. Er würde nie zu dem Schluss kommen, dass es hier tatsächlich schon validierte Ergebnisse gebe, auf deren Grundlage man tatsächlich Maßnahmen einleiten könnte. Von dieser Erkenntnislage sei man weit weg.

Die Frage nach Arbeitsschutz müsse man im Moment verneinen. Es gebe bisher keine arbeitsschutzrechtlichen Maßnahmen an der Stelle, weil man zu wenig wisse. Wenn man das Vorsorgeprinzip an der Stelle gleich ziehe und sage, das Vorsorgeprinzip sei das Risiko derzeit, es sei gar nicht abschätzbar, dass man an der Stelle zu konkreten Aussagen kommen könnte. Deswegen wisse man auch zum Thema „Wohnbebauung“ relativ wenig. Der Flughafen sei aus verschiedenen Gründen in den Blick genommen worden, weil am Flughafen bei der Start- und Landephase naturgemäß hohe Emissionen wahrscheinlich seien.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

– Die ersten Hinweise der vorliegenden Untersuchungen zeigten, dass die Werte dort höher sein könnten, um es vorsichtig zu formulieren. Er wähle bewusst die vor-

sichtige Formulierung, weil die wissenschaftliche Belastbarkeit dieser Daten sehr kritisch zu bewerten sei. Man müsse noch sehr viel Arbeit an dieser Stelle da reinstecken, um der Fragestellung exakt und vor allen Dingen wissenschaftlich belastbar nachzugehen. Das sei das A und O an dieser Stelle.

Daten zur Wohnbebauung lägen noch nicht vor. Man sei damit erst angefangen. Im Städtebau gelte das Gleiche. Man habe das Thema im Städtebau in der Weise noch nicht angegangen, weil etwas Entscheidendes fehle, nämlich validierte Untersuchungen, abgesicherte Untersuchungen seien bisher nicht verfügbar. Auch das mobile Messgerät, von dem die Rede sei, habe eine Messgenauigkeit von Pi mal Daumen 30 %, 40 %. Das seien Daten, mit denen man keine Maßnahmen besonderer Art einleiten könne.

Zu der Größenordnung: Er habe gerade von 100 Nanometern gesprochen, die man den Teilchen zuordne, das seien 100 Milliardstel Meter. Bei den ultrafeinen Partikeln sei man eine Potenz niedriger. Da sei man im Millionstel Bereich. Eine Milliarde seien 1.000 Millionen. Da könne man sehen, in welchen Abständen man an dieser Stelle diskutiere. Die Untersuchungen würden begleitet.

Das LANUV sei aufgefordert worden, sich dieser Thematik intensiv zu widmen. Man werde dem Ausschuss gerne berichten, wenn neue Erkenntnisse vorlägen. Man werde natürlich auch die Flughäfen, weil die bei den Berechnungen am ehesten von hoher Relevanz seien, in besonderer Weise in den Blick nehmen. Bis Ende des Jahres werde vermutlich eine ordentliche Auswertung zu dem Thema vorliegen. Das habe nichts mit der Bequemlichkeit von Menschen im Ministerium zu tun, sondern es liege daran, dass es hoch komplex sei. Validität vor Schnelligkeit sei da der Grundsatz. Das sei ein entscheidender Punkt für die weitere Arbeit.

**Barbara Steffens (GRÜNE)** bittet, die Auswertung dem Ausschuss zeitnah zuzustellen, damit sie nicht regelmäßig wieder nachfragen müsse.

**StS Dr. Heinrich Bottermann (MULNV)** sagt zu, wenn die Auswertung vorliege, würden alle die selbstverständlich bekommen, damit man das Thema auch versachliche und auf die Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse bringe.

gez. Patricia Peill  
Vorsitzender

29.09.2017/05.10.2017

160